Liberale Parteien zwischen linkem und rechten Lager

Simon Franzmann

Beitrag zur Tagung des AK Parteienforschung der DVPW am 24. und 25. September 2009 in Kiel

Die aktuelle Version ist ein noch nicht abgeschlossener erster Entwurf. Bitte nur nach Rückfrage beim Autor zitieren oder weiterreichen.

Korrespondenz:

Simon Franzmann
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
DFG-Projekt: The Dynamics of Interparty Competition – The Effects of Intraparty Politics and Office-Seeking on Policy Formulation
Universität zu Köln
Gottfried-Keller-Str. 1
50931 Köln
e-mail: franzmann@wiso.uni-koeln.de

Liberale Parteien zwischen linkem und rechtem Lager[1]

Simon Franzmann

1. Einleitung

Die liberale Parteifamilie gehört zu den ältesten unter den demokratischen Parteifamilien. Doch während insbesondere sozialdemokratische und grüne Parteien, zunehmend sogar die lange vernachlässigten christdemokratischen Parteien und insbesondere extremistische Parteien im politikwissenschaftlichen Forschungsinteresse stehen, fristet die Analyse liberaler Parteien ein Schattendasein. Recherchiert man nach aktuellen Forschungsbeiträgen, so wird man kaum fündig. Im englischsprachigen Raum dominieren Abhandlungen zu der recht gut durchleuchteten Liberaldemokratischen Partei und im französischsprachigen Bereich existieren insbesondere Analysen der bei Wahlen erfolgreichen belgischen Liberalen. Hervorzuheben ist der Sammelband von Kirchner (1988), der bis heute als einer der Referenzpunkte für die Analyse liberaler Parteien gelten kann. Auf Grund der dünnen Literaturlage an international vergleichenden Studien über die kontinentaleuropäischen liberalen Parteien wird der Beitrag zu einem Großteil explorativen Charakter haben

Die geringe Aufmerksamkeit, die liberale Parteien in der Politikwissenschaft genießen erstaunt umso mehr, als liberalen Parteien häufig eine pivotale ideologische Position auf dem Links-Rechts-Kontinuum zugesprochen wird (1988; Keman 1994). In einigen Ländern, wie Belgien und Dänemark, gehört die liberale Partei zu den stimmenstärksten ihres politischen Systems. Grundsätzlich gelten liberale Parteien insofern als ideologisch flexibel, als dass sie auf Grund ihres traditionellen Säkularismus Anknüpfungspunkte zur politischen Linken, auf Grund ihrer sozialen Verankerung im (Besitz)-Bürgertum stärkere Anknüpfungspunkte zur politischen Rechten beherbergen (Seiler 1980). Auf Grund ihrer wechselnden Koalitionszugehörigkeit zum linken und zum rechten Lager wurde liberalen Parteien teilweise ideologischer Opportunismus vorgeworfen, dass sie sich nämlich je nach Veränderung der Stimmenverhältnisse dem jeweils anderen politischen Lager anschließen würden. Tatsächlich konnte für Dänemark, Deutschland, Österreich und die Niederlande gezeigt werden, dass liberale Parteien im Vergleich zu sozial- und christdemokratischen Parteien in der

[1] Dieser Beitrag wurde mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Projektes "The Dynamics of Interparty Competition – The Effects of Intraparty Politics and Office-Seeking on Policy Formulation" (Die Dynamik des Parteienwettbewerbs – Effekte der innerparteilichen Dimension und der Koalitionsorientierung auf die Policyformulierung von Parteien) erstellt. Für die Unterstützung bei der Zusammenstellung der Daten möchte ich Julian L. Garritzmann und Gregor Zons herzlich danken.

Vergangenheit eine gewisse programmatische Beliebigkeit an den Tag gelegt haben (Franzmann 2006). Doch ist dieser Vorwurf tatsächlich berechtigt? Gilt dieser Vorwurf für alle liberalen Parteien? Oder sind es vielmehr konkrete inhaltliche Gründe, die im Zeitverlauf dafür sorgen, dass liberale Parteien stärker zu dem einen oder anderen Lager tendieren? Welche Systematik steckt im internationalen Vergleich hinter der Positionierung liberaler Parteien?

Diesen Fragen soll in diesem Beitrag auf empirischer Basis nachgegangen werden. Die Analysen erfolgen dabei auf Basis von Wahlprogrammdaten. Solche Daten eignen sich besonders gut zur Analyse mittel- und langfristiger programmatischer Schwerpunktsetzungen. Die Analysen erfolgen dabei nicht nur in Hinblick auf eine eindimensionale Links-Rechts-Skala, sondern es werden getrennte Analysen für eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Dimension durchgeführt. Gordon Smith (1988) hat solche Analysen für liberale Parteien früh angemahnt, da auf Grund ihres besonderen Charakters in Verbindung von ökonomischen und gesellschaftspolitischen Themen das eindimensionale Links-Rechts-Schema nicht angemessen sei. Der vorliegende Beitrag erfüllt meines Wissens als erstes diese Forderung. Ferner wird die Analyse mit einem salienztheoretisch begründeten Übereinstimmungsindex ergänzt (Franzmann 2008), der Entwicklungen jenseits der ideologischen Richtungsbegriffe fokussiert.

Dieser Beitrag vertieft das Verständnis strategischer Positionierung von Parteien vor dem Hintergrund der Besonderheiten der liberalen Parteifamilie. Zum derzeitigen Stand des Forschungsvorhabens zeigt sich, dass die ideologische Positionierung liberaler Parteien klaren Mechanismen folgt und keineswegs einem willkürlichen Machtprinzip unterworfen ist. Fundamental zum Verständnis liberaler Parteien ist die Identifikation der Subtypen dieser Parteifamilie und ihrer unterschiedlichen Eigenschaften. Weniger als die ökonomische Basis ihrer Wählerschaft bestimmen die weltanschaulichen Eigenschaften und die historische Stellung im Kirche-Staat-Konflikt im jeweils betrachteten Land die ideologisch-programmatische Stellung der liberalen Parteien.

2. Liberale Parteien in Westeuropa

Zunächst wird kurz erörtert, was unter „rechts“ und „links“ genau zu verstehen ist, und wie sich liberale Parteien in dieses Schema einordnen lassen. Anschließend werden Kriterien zur Identifikation liberaler Parteien herausgearbeitet und die wesentlichen liberalen Parteien Westeuropas vorgestellt. Das Kapitel zwei endet mit den grundlegenden Hypothesen dazu, welche Mechanismen die ideologische Positionierung liberaler Parteien beeinflussen.

2.1 Liberale Parteien und die Richtungsbegriffe Links und Rechts

Als sich im Laufe des 19. Jh. liberale Parteien fast überall in Westeuropa als einer der ersten Parteifamilien etablierte, nahmen die liberalen Parlamentarier ganz selbstverständlich auf der linken Parlamentsseite Platz. Entsprechend nach ihrer Platzierung im Parlament benannten sich vor allem die skandinavischen Parteien. Sowohl die dänische als auch die norwegische liberale Partei heißen bis heute „Venstre“ – was nichts anderes als Linkspartei bedeutet. Trotzdem kam seit Mitte des 20. Jh. kein Wähler und kein Parteifunktionär auf die Idee, Venstre im Parteienspektrum als links zu verorten. In Norwegen heißt die große konservative Hoyre – „Rechte“ oder „Rechtspartei“, doch ist der einstige Gegner heute ein bevorzugter Koalitionspartner. Vor allem das norwegische Beispiel führt vor Augen, dass die Richtungsbegriffe links und rechts einem zeitlichem Wandel unterliegen. Ihre Bedeutung richtet sich nach den zeithistorischen Umständen. Im 19. Jh. kämpften liberale Parteien vor allem für die Beseitigung der letzten, übrig gebliebenen Reste der mittelalterlichen Ständeordnung. Liberale und Konservative stritten sich um die „Statusanerkennung auf Grund von Zuschreibung versus Statusansprüche auf Grund von Leistung und Unternehmergeist“ (Rokkan 2000: 348). Die Liberalen waren somit zumeist Gegner der sich auf Gottes Gnadentum berufenden Monarchisten. Wie zuvor schon in der englischen wie französischen Revolution setzen sich die Anhänger des Königs entsprechend der christlichen Symbolik rechts vom König, die Gegner der göttlich oder religiös begründeten monarchischen Ordnung nach links (von Beyme 1984; Laponce 1981; Iganzi 2003). Auf Grund der aus dem Christentum bekannten Symbolik setzte sich diese Sitzordnung als abstraktes und von der ursprünglichen Bedeutung weitgehend befreites Eindordnungsprinizip von Ideologien in Westeuropa schnell durch. Über verschiedene Zeiträume und Länder hinweg hat sich dabei als Gemeinsamkeit herausdestilliert, dass „links“ mit Gleichheit oder dem Streben nach mehr Gleichheit in Verbindung gebracht wird, während „rechts“ mit Hierarchie oder dem Streben nach mehr Ungleichheit verbunden wird (Inglehart 1984; Bobbio 1994). Im 19. Jh. waren die Liberalen mit ihrem Eintreten für Individualismus, der Ideen der Aufklärung, der Bildung von Nationalstaaten, des Freihandels und der Entwicklung der industriellen Gesellschaft sicherlich diejenige politische Kraft, die sich im Gegensatz zu den Konservativen für eine Veränderung der Gesellschaft hin zu mehr Gleichheit einsetzen. Doch schon damals war die Vielschichtigkeit und Unterschiedlichkeit der liberalen Ideologie erkennbar. Der bekennende Konservative Carl Schmitt (1932) hat im Rückblick auf die Liberalen des 19. Jh. analytisch klar herausgearbeitet, dass liberales Denken „eine immer wiederkehrende „Polarität von zwei heterogenen Sphären, nämlich von Ethik und Wirtschaft, Geist und Geschäft, Bildung und Besitz“ schaffe. Entscheidend hierfür sei die Verbindung eines „humanitär-moralischen und

intellektuellen, also „geistigen“ Fortschrittsglaubens mit der wirtschaftlich-industriell-technischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts“ gewesen. „Die Wirtschaft“ fühle sich als Träger dieser in Wahrheit sehr komplexen Größe. Wirtschaft, Handel und Industrie, technische Vervollkommnung, Freiheit und Rationalisierung seien Verbündete gegen Feudalität, Reaktion und Polizeistaat, doch im Wesen friedlich und im Gegensatz zur kriegerischen Gewalttätigkeit. So entstehen die für das 19. Jahrhundert charakteristischen Gruppierungen, die Liberalen auf der linken und die Konservativen auf der rechte Seite (Schmitt 1932: 74):

„Freiheit und Fortschritt und Vernunft	gegen	Feudalismus und Reaktion
verbunden mit		verbunden mit
Wirtschaft, Industrie und Technik	gegen	Staat, Krieg und Politik
als		Als
Parlamentarismus	gegen	Diktatur“.

Schmitt (1932: 68-78) stört sich insbesondere an der Verknüpfung inhaltlich verschiedener Sphären durch den Liberalismus. Modern formuliert: Die Mehrdimensionalität des politischen Raumes sieht er als einen die politische Sphäre aushöhlenden Trick des Liberalismus an, weniger als eine Folge gesellschaftlichen Wandels und der fortschreitenden Modernisierung. Simmel (1908) hingegen hatte schon vor Schmitt die Trennung unterschiedlicher Sphären, insbesondere von Politik und Religion, überhaupt erst als Grundvoraussetzung zur Entstehung von Demokratien identifiziert, und mir ist kein moderner Politikwissenschaftler bekannt, der hier von einem Trick sprechen würde. Die Mehrdimensionalität des politischen Raumes scheint vielmehr fast ein Allgemeingut geworden zu sein, wenn auch die Deutungshoheit der sprachlichen Links-Rechts-Dichotomie über diese verschiedenen Dimensionen hinweg bestehen geblieben ist (Sartori 1976; Bobbio 1994: Fuchs/Klingemann 1990; Mair 2007). Schmitts pointierten Formulierungen und analytische Schärfe eröffnen trotzdem den Blick auf einige interessante Aspekte. Im Grunde hat er die Mehrdimensionalität des politischen Raumes und sein strategischen Potentials erkannt. Er identifiziert ähnlich wie heute die Salienztheorie (z.B. Budge/Farlie 1983) die Kombination aus bestimmten Kernthemen als Sinn stiftend für ein politisches Lager. Das Kernthema „Wirtschaft“, das bis heute den meisten liberalen Parteien zugeordnet wird, lässt liberale Parteien heute aber nicht mehr als „links“ erscheinen. Bei der Analyse des Klassenkonfliktes setzt Bartolini (2000) links mit sozialistisch gleich, und die Gleichsetzung von linkem und sozialistischem Lager trifft wohl für die meisten Staaten während des 20. Jh. zu. Doch je mehr postmaterielle und ökologische

Themen mit links identifiziert werden (Inglehart 1984; Flanagan/Lee 2003), wird sich wohl auch diese Zuschreibung wandeln oder zumindest pluralisieren (Kitschelt/Hellemans 1990).
Der politisch organisierte Liberalismus steht somit klassischerweise im Spannungsfeld zwischen den beiden Polen links und rechts: Ursprünglich links, gelten heute liberale Ökonomiekonzepte zumindest als rechts. Es stellt sich die Frage, welche strategische Optionen sich aus dieser Spannung ergeben und wie liberale Parteien damit umgehen. Sind sie wirklich nur zynische Office-Seeker, die sich als natürliche Regierungspartei verstehen, oder ist die Flexibilität, die liberalen Parteien bei der Lagerbildung im Allgemeinen zugeschrieben wird, vielmehr Ergebnis der programmatischen Mehrdimensionalität und historischer Pfade? Zur Beantwortung dieser Fragen muss zunächst geklärt werden, welche Parteien überhaupt als liberal identifiziert werden können.

2.2 Die Identifizierung liberaler Parteien

Die Identifikation genuin liberaler Parteien gestaltet sich nicht einfach. Eine Gleichsetzung von ideengeschichtlichen oder philosophischen Liberalismus mit dem politischen Liberalismus scheint wenig ratsam. Im Grunde, so stellte Sartori (1976: 13) fest, beherbergen alle demokratischen Parteien in irgendeiner Form die Weltanschauung des Liberalismus. Denn erst mit der liberalen Akzeptanz von politischer Diversität und Dissens als etwas, was nicht der politischen Ordnung entgegengesetzt ist, könnten sich Parteien überhaupt erst bilden.
Einfach ist die Klassifikation von Parteien über Selbstzuschreibung. Parteien, die sich selbst als liberal nennen, könnten dann als solche bestimmt werden, doch stellt sich heutzutage die Frage, ob z.B. die österreichische FPÖ noch zum liberalen Lager gezählt werden kann – das wird sie heute durchgängig nämlich nicht (mehr) (Gallagher/Laver/Mair 2005: 248). Viel versprechender erscheint da schon die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Parteiverbindungen. Gerade bei einer Analyse der westeuropäischen Parteiensysteme kann man sich an der Fraktionszugehörigkeit im Europäischen Parlament oder der dauerhaften Zugehörigkeit zu Europäischen Parteien orientieren. Für die liberale Parteien wäre hier die Mitgliedschaft in der ELDR (*European Liberal Democrats*) oder LI (Liberal International) zu nennen. Doch ist auch hier nicht ausgeschlossen, dass einzelne liberale Partei aus den verschiedensten Gründen eben nicht Mitglied der ELDR sind. Somit kann ein solches Kriterium hier nur eine hinreichende, aber keine notwendige Bedingung zur Identifikation einer liberalen Partei sein.

Eine notwendige Bedingung könnte sich auf thematische Gemeinsamkeiten stützen. Gordon Smith (1988: 20) orientiert sich am Minimum liberaler Ideologie, die allen liberalen Parteien gemeinsam wären: "At the heart of liberal ideology is the creed of individualism, and, as a complement, a mistrust of the power of the state." Aufbauend auf Individualismus und Misstrauen gegenüber dem Staat hätten sich dann zwei Grundströmungen herauskristallisiert, die Smith als "liberal-conservative" und "liberal-radical" bezeichnet. Die liberal-konservativen orientieren sich stark an den klassischen liberalen Idealen Individualismus und Stärkung der Marktkräfte in der Wirtschaft, während die liberal-radikalen stärker interventionsitisch und kollektivistisch handeln würden (Smith 1988: 21). Er bleibt damit eigentümlicher weiser der eindimensionalen Links-Rechts-Achse des Parteienwettbewerbs verhaftet, obwohl er sie ausdrücklich zur Erfassung liberaler Parteien für ungenügend bezeichnet (Smith 1988: 24-26). Diese Zweiteilung von Smith ist trotz dieser Schwäche bis heute recht populär. Wird jedoch im Sinne Kitschelts (1994) oder von Marks/Hooghe (2002) und vielen anderen Autoren zumindest eine ökonomische von einer gesellschaftlichen Achse unterschieden, ergeben sich nach Fleck (2006: 234) mindestens vier sinnvolle Untertypen an liberalen Parteien:

„a) Left-liberalism (or: liberal democracy),

b) Social Liberalism,

c) Economic Liberalism,

d) National Liberalism."

Als westeuropäische Beispiele führt Fleck für die Linksliberalen die britischen LibDems an, für die sozial-liberalen Parteien die holländische D66 und das dänische „Radikale Venstre", für den ökonomischen Liberalismus die holländische VVD und die deutsche FDP, für die National-Liberalen die französische UDF (Fleck 2006: 234). Die ersten beiden Typen können nach Smith als radikal-liberale, die letzen beiden als konservativ-liberale zusammengefasst werden. Die Abgrenzung der einzelnen Typen stellt sich in der Praxis etwas schwieriger da, da die meisten aktuellen liberalen Parteien mehrere dieser Strömungen umfassen. Aber die Unterscheidung der Idealtypen hilft, sich die grundlegenden inhaltlichen Anliegen des politisch organisierten Liberalismus zu vergegenwärtigen.

Durch die Erkenntnis, dass im internationalen Vergleich sinnvollerweise vier Typen an liberalen Parteien unterschieden werden sollten, haben wir aber noch nicht bestimmt, nach welchen Kriterien die Parteien dem Ober- oder einem der Subtypen angehören. Im französischen Sprachraum hat sich zur Identifikation von Parteifamilien der Vorschlag von Seiler (1980) durchgesetzt, Parteien anhand der vier von Lipset/Rokkan (1967)

vorgeschlagenen idealtypischen Konfliktlinien zu definieren. Der Charme dieses Vorschlags liegt darin, dass insbesondere Rokkan eine Großtheorie der (west-)europäischen Nationalstaaten und ihrer historischen Wurzeln mit der Cleavage-Theorie verband. Da liberale Parteien ihre Gründung und ihren Aufstieg im 19. Jh. während der Nationalstaatsbildung hatten, müssten sich die grundlegenden Konfliktkonstellationen prägend auf die jeweiligen nationalen liberalen Parteien ausgewirkt haben. Ich möchte hier diesem Ansatz zur Identifikation und zum analytischen Vergleich liberaler Parteien grundsätzlich mit einigen Modifikationen folgen. Seiler (1980: 74-138) hält sich fast sklavisch an die vier Konfliktlinien und identifiziert je nach Positionierung zu diesen Konflikten eine Parteifamilie. Obwohl er diesen Ansatz selbst als multidimensional bezeichnet, kommt er somit zu eindimensional bestimmten Parteifamilien: Liberale Parteien sind bei ihm Parteien der Bourgeoisie, die den Arbeiterparteien gegenüberstehen. Weitere Familien sind Zentralisten und (in der Peripherie agierende) Populisten, Christ-Demokraten und Anti-Klerikale sowie Agraier. Eine Kombination aus bürgerlichen und anti-klerikaler Partei ist dabei aber nicht vorgesehen, wäre aber für liberale Parteien häufig kennzeichnend (Steed/Humphreys 1988: 400). Rokkan (2000: 371) selbst hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Konfliktlinien und ihre Folgen für die Parteiensysteme nicht isoliert, sondern nur in Interdependenz zueinander interpretiert werden können. Somit erscheint es opportun, solche Kombinationen zuzulassen.

Der nächste Fallstrick bei Anwendung der Cleavage-Theorie zur Identifizierung liberaler Parteien lauert darin, sich betreffend des Stadt-Land bzw. des Primär-Sekundär-Konfliktes zu sehr an die Vorlage von Rokkan (2000) zu halten. Rokkan ging grundsätzlich davon aus, dass wie in England auch auf dem Kontinent überall der landwirtschaftliche Sektor für Schutzzölle eintrat und der industrielle Sektor für Freihandel. Dies ist für Preußen und das sich im entstehen befindliche Deutsche Reich schlicht falsch. Rokkan (2000: 349) verweist auf die Rolle der ost-elbischen Großgrundbesitzer, ignoriert dabei aber, dass sich die englischen Bauern vor den Getreideimporten der nordwestdeutschen Bauern schützen wollten. Die norddeutschen Bauern profitierten vom Freihandel. Mit dem Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel im 19. Jahrhundert konstituierten sich erstmals liberale Interessen jenseits der Aufklärung und gezielt für ökonomische Themen in Deutschland. Die Abschaffung der Schutzzölle war in Norddeutschland kein Anliegen der sich gerade erst im Entstehen befindlichen Industrie, sondern ein Anliegen der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft profitierte vom Export nach England und wollte umgekehrt Maschinen aus England importieren (Eisfeld 1969: 17). Anders verhielt es sich in Süddeutschland und insbesondere

Österreich, wo die Landwirte den Freihandel als Bedrohung erlebten. Bei den konstituierenden Treffen des Kongresses der Volkswirte 1858 als erste institutionalisierte Organisation des politischen Liberalismus konnten sich diese Gruppen entsprechend nicht einigen. Diese Uneinigkeit legte in Verbindung mit der Frage über die Entstehung eines deutschen Nationalstaates die Grundlage für die bis heute existierenden Unterschiede des deutschen und österreichischen Liberalismus (Eisfeld 1969: 17-23).

Die Gründungsgeschichte des Deutschen Reiches begründet eine weitere Besonderheit bei der Konstellation der politischen Konfliktlinien im Rahmen des Kirche-Staat-Konfliktes. Das Eintreten für den Staat – und hier ist der Nationalstaat gemeint - ist Kennzeichen praktisch aller liberalen Gruppierungen des 19. Jahrhunderts. In katholischen Ländern führte es dazu, dass die Liberalen gleich bedeutend mit dem anti-klerikalen Lager waren. In den nordischen Staaten mit lutherischen Staatskirchen gestaltete sich dieser Konflikt – insbesondere betreffend der Bildungs- und Sprachhoheit – naturgemäß deutlich sanfter. Der König und die Staatskirche war nicht Gegner, sondern Begründer des Nationalstaates. Hier waren die Liberalen meist identisch mit dem anti-konservativen und anti-monarchistischen Lager mit dem Ziel, das feudale Prinzip der Abstammung durch das bürgerliche Prinzip der Leistung zu ersetzen. In der Schweiz und Niederlande setzen die konfessionell Reformierten den Gedanken des Individualimus durch und betrieben die Gründung eines eigenen Nationalstaates. Durch die lange Geschichte der religiösen Verfolgung hatte sich in diesen Gruppen eine tiefe Abneigung gegen den Obrigkeitsstaat entwickelt, die sich in der Gestaltung ihrer liberalen Nationalstaaten niederschlug (Müller-Armack 1941). In Skandinavien und Großbritannien waren die Anhänger reformiert-protestantischen Freikirchen Gegner der lutherischen bzw. anglikanischen Staatskirche und ebenfalls eine der tragenden Gruppen des politisch organisierten Liberalismus (Rokkan 2000: 347).

In Preußen hingegen waren Calvinisten und Reformierte keiner Verfolgung ausgesetzt. Hier gab es die Besonderheit eines refomiert-geprägten Staatskirchentums mit der weiteren Besonderheit, dass die calvinistisch geprägte Elite des Adels und des Bürgertums sich in der Minderheit gegenüber der zumeist konfessionell lutherischen geprägten Bevölkerung befand. Der preußische Obrigkeitsstaat schützte somit diejenigen, die als Anhänger des Calvinismus anderswo Gegner des Staates waren. Gespeist mit den liberalen Ideen ihrer ausländischen Glaubensbrüder gab es somit keine Grundlage für den deutschen Liberalismus, sich vom monarchischen Kaiser- und Königstum zu emanzipieren (Winkler 2002: 21; 69). Wesentliche Begründer des deutschen Liberalismus wie Wilhelm von Humboldt mit seiner Schrift über die „Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ (1792)

waren nicht Gegner, sondern Teil des existierenden Staatswesens. Die Etablierung eines evangelisch geprägten Nationalstaates war sowohl Anliegen des liberalen Bürgertums als auch des preußischen Staates. Wie überall in Europa waren im 19. Jahrhundert Nationalismus und Liberalismus miteinander untrennbar verbunden, nur war der preußische Staat zwar Gegner des Liberalismus, aber verbündeter im Kampf für den Nationalstaat. Dies macht erklärbar, warum der politisch organisierte Liberalimus Preußens und später des deutschen Reiches im Zweifelsfall für den starken Staat und die nationale Einheit und nicht für das liberale Prinzip des Individualismus und den ökonomischen Freihandel stimmte. Dies war 1866 bei der Zustimmung zum Indemnitätsgesetz der Fall, als insbesondere der Wirtschaftsflügel innerhalb der Fortschrittspartei, bestehend aus Mitgliedern des Kongresses der Volkswirte, die verfassungswidrigen Haushalte Bismarcks legitimierte. Ein anti-liberales Abstimmungsverhalten wurde später selbst von der linksliberalen Deutschen Staatspartei als Nachfolger der Deutschen Demokratischen Partei an den Tag gelegt, als sie 1933 dem Reichsermächtigungsgesetz zustimmte, weil sie den Staat gestärkt sehen wollte (Winkler 2002b: 12-13). Dieser Ausflug in die Geschichte ist wichtig um zu verstehen, dass die Unterscheidung von Links- und Rechtsliberalen nicht ausreicht, um zugleich die Lagerzugehörigkeit bestimmten zu können. Vielmehr sind die besondern, historisch gewachsenen Konfliktkonstellationen in den einzelnen Ländern bedeutsam.

Für den deutschsprachigen Raum ergab aus sich der der Verbindung des konfessionellen Konfliktes mit der Frage des Nationalstaatsbildung die eigentümlich Konstellation, dass sich ein staatsnaher und ein staatsferner Liberalismus etablierte, wobei der staatsnahe Liberalismus ein evangelisch geprägtes Kleindeutschland und Freihandel und der staatsferne Liberalismus Großdeutschland und Schutzzölle unterstütze. Als nach der Gründung des Deutschen Reiches der Nationalismus nicht mehr Kernthema der Liberalen, sondern der Konservativen wurde, konnte sich dieser Wandel in Österreich nicht vollziehen. Hier blieben liberales und (deutsch-)nationales Lager identisch. Der ideologische Wandel der FPÖ unter Haider in den 1980er Jahren setzte eigentlich nur einen bestehenden Pfad ideologischen Pfad fort, der zuvor öffentlich nicht Erscheinung getreten war, in der österreichischen Bevölkerung hingegen tief verwurzelt (Luther 1988). In Anbetracht dieser historischen Konstellation erscheint es nicht mehr sonderlich erstaunlich, warum sich die FPÖ vergleichsweise problemlos weg vom Liberalismus hin zu einer rechtspopulistischen Partei entwickeln konnte.

Wir können bis hierhin also sehen, dass die Entstehung des Nationalstaats und der Kirche-Staat-Konflikt für viele liberale Parteien konstituierend war, jedoch zu unterschiedlichen Positionierungen im Parteiensystem führte. Ferner wurde offenkundig, dass die liberale Idee

des Freihandels nicht überall zu einer Interessenkoalition mit der entstehenden Großindustrie führte, sondern gelegentlich auch mit den Landwirten. Deutlich einfacher gestaltet sich die Einordnung liberaler Parteien im Rahmen des Arbeit-Kapital-Konfliktes. Hier besteht in der Literatur Einigkeit, die liberalen Parteien als Nicht-Arbeiterparteien und Vertreter des Bildungs- oder Besitzbürgertums zu verorten. Liberale Parteien sind somit in keiner Weise sozialistisch oder sozialdemokratisch. Die Einordnung in den Zentrum-Peripherie-Konflikt erfordert wiederum länderspezifische Einzelfallbetrachtungen. Liberale Parteien sind überall eng mit der Entstehung von Nationalstaaten verbunden. Doch manche Kulturnation ist historisch eine Peripherie und liberale Parteien dann Gegner des kulturellen Zentrums.

Gelegentlich werden ökologische Parteien als die neuen liberalen oder links-liberalen Parteien bezeichnet. Dieser Auffassung stimme ich nicht zu, sondern sehe ökologische und liberale Parteien klar getrennt. Ökologische oder links-libertäre Parteien beruhen auf einem Wertekonflikt, der in den 1960er und 1970er Jahren erstmals manifest wurde (Inglehart 1971; 1984). Liberale Parteien haben ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert, als zugleich die Entstehung der Nationalstaaten und die gesellschaftliche Bewältigung der industriellen Revolution die politische Landschaft prägten. Wie oben unter Bezug auf Carl Schmitt gezeigt, stehen sie für Fortschritt, Technik und Wachstum. Ökologische Parteien stehen für eine wachstums- und technikkritische Haltung. Je nach Konstellation werden in einzelnen nationalen Parteiensystemen liberale Parteien mehr oder weniger diese Positionen in ihr Programm integrieren oder post-materialische Positionen übernehmen. Sie unterscheiden sich aber weiterhin deutlich von den ökologischen Parteien. Auch die zunehmende Einkommensgleichheit der Wähler beider Parteifamilien rechtfertigt keine Subsumierung ökologischer mit liberalen Parteien, da das Einkommen in der Regel aus unterschiedlichen Wirtschaftssektoren bezogen wird. Liberale Parteien repräsentieren die im 19. Jh. aufgekommenen bürgerlichen Berufe, während links-libertäre und ökologische Parteien ihren Wählerrückhalt in Berufsgruppen haben, die zahlenmäßig mit der schleichenden De-Industrialisierung und der Ausweitung des Dienstleistungssektors gestiegen sind.

2.3 Die liberalen Parteien Westeuropas

Auf Grund der unterschiedlichen Konfliktkonstellationen in den unterschiedlichen Staaten halte ich es nicht für ratsam, liberale Parteien alleine anhand einer identischen, transnationalen Ideologie zu identifizieren. Vielmehr geht es darum, die funktionalen Äquivalente zu identifizieren, also Parteien, die auf Grund ähnlicher Grundüberzeugungen im Parteiensystem die Funktion liberaler Parteien übernommen haben. Das ist heute in

Westeuropa – mutmaßlich im Zuge der europäischen Integration – fast identisch mit der Zugehörigkeit zu internationalen, liberalen Organisationen. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen.

Die regional orientierte katalanische CiU und die schwedische Minderheitspartei in Finnland sind relativ unstrittige Fälle und werden auch sonst zu den liberalen Parteien gezählt (Steed/Humpherys 1988). Umstrittener ist die Situation bei den skandinavischen Bauernparteien, die ich aber auf Grund ihrer historischen Wurzeln im 19. Jh. und ihrer politischen Eigenverortung ebenfalls zu den liberalen Parteien zähle. Schwierig ist der Fall Irlands. Relativ unstrittig ist, die in diesem Jahr aufgelösten *Progressive Democrats* als liberale Partei zu identifizieren. Hingegen wird in den älteren Werken die irische *Fianna Fail* selten zu den liberalen Parteien gezählt, obwohl sie seit diesem Jahr Mitglied der ELDR ist. Eine Ausnahme sind Lane/Ersson (1987). Entsprechend der Argumentation oben – nämlich die historische Verortung und die Suche nach funktionalen Äquivalenten - kann ich sie aber nicht aus der Familie der liberalen Parteien ausschließen. Sie hat keine Basis
im industriellen Bürgertum im eigentlichen Sinne, ist aber Symbol für die Entstehung des Nationalstaates, der Etablierung einer Republik und Konkurrent der Christdemokratie, was sie zu einem funktionalen Äquivalent für eine liberale Partei macht. Die fehlende Basis im industriell geprägten Bürgertum erklärt sich einfach auf Grund der in Irland nicht stattgefundenen industriellen Revolution.

Die portugiesische PSD, seit 1996 nicht mehr Mitglied der ELDR, zähle ich auf Grund ihres christdemokratischen Einschlages nicht zu den Parteien, die sich innerhalb eines katholischen Landes im Kirche-Staat-Konflikt klar gegen die Kirche positionieren und somit das Äquivalent zu einer liberalen Partei darstellen. Steed/Humphreys (1988: 429-432) zählten die PSD schon während ihrer Mitgliedschaft in der ELDR nicht zu den genuin liberalen Parteien und sehen sie ebenfalls eher als funktionales Äquivalent zu christdemokratischen Parteien. Ihre zeitweilige Klassifizierung als liberal ist mehr aus dem besonderen portugiesischen Kontext der Transitionszeit zu verstehen denn für international vergleichende Studien maßgebend. In den südeuropäischen anderen Transitionsländern – Spanien und Griechenland – konnte sich auf nationaler Ebene dauerhaft keine liberale Partei etablieren. Ein möglicher Grund ist, dass in diesen Ländern liberale Parteien historisch kein wirksames Gegengewicht zur Etablierung autoritärer Regime zu sein vermochten und bei der späten Demokratisierung der Kirche-Staat-Cleavage für die neu entstehenden Parteiensystemen nicht konstituierend war, so dass keine Grundlage zur erfolgreichen Bildung einer größeren liberalen Partei in diesen Ländern bestand. Zusätzlich haben die neu entstandenen Parteien in der Transitionszeit

liberale Ideen aufgenommen und den strategischen Raum für liberale Parteien endgültig eliminiert (Steed/ Humphreys 1988: 420-421).

Wurden diese Länder zu spät zu liberalen Demokratien, um eine große liberale Partei hervorzubringen, könnte für Frankreich das Gegenteil geschlussfolgert werden. Frankreich besitzt eine reiche Tradition starker liberaler Parteien. In der fünften Republik sind der UDF und der MRG aber elektoral mit den Konservativen verbandelt, so dass sie praktisch nicht mehr eigenständig in Erscheinung getreten sind. Entsprechend dem Vorgehen bei Gallager/Laver/Mair (2005: 249) werden in den folgenden Analysen daher die liberalen Parteien Frankreichs nicht berücksichtigt. Ferner wurde keine der Parteien in Malta, Zypern und Island als zur liberalen Parteifamilie zugehörig eingestuft.

Als Land mit den meisten liberalen Parteien wurde Finnland identifiziert. Neben der schwedischen Minderheitspartei wurde die liberale Volkspartei sowie die Zentrumspartei als solche identifiziert. Die ursprüngliche Bauernpartei SMP wurde in den Analysen als national-liberale Partei berücksichtigt. Ihr Nachfolger, die sich heute „wahre Finnen“ nennen, ist wohl eher ein rechts-populistische denn eine liberale Partei.

In der nachfolgenden Tabelle 1 sind die liberalen Parteien Westeuropas mit ihren jeweiligen Stimmenanteilen und der durchschnittlichen Links-Rechts-Positionierung in allen drei Dimensionen aufgeführt.

Tabelle 1: Wählerstimmenanteil und Links-Rechts-Positionierung liberaler Parteien in Westeuropa

Land	*Partei*	*CMP-Code*	*Typ*	*Wählerstimmenanteile*					*LR*	*ECO*	*SOC*
				1945-59	*1960-69*	*1970-79*	*1980-89*	*1990-2003*			
Schweden	FP	11420	3	22.30	16.24	11.82	10.78	8.60	4.84	5.42	4.16
Schweden	CP	11810	1	11.31	14.16	21.79	12.97	6.86	5.32	5.84	4.51
Norwegen	Venstre	12420	1	12.02	9.37	2.48	3.36	3.99	4.75	3.21	6.13
Dänemark	Radikale Venstre	13410	2	7.91	8.35	8.35	5.60	4.30	2.81	3.44	2.31
Dänemark	Venstre	13420	4	23.75	19.93	15.14	11.44	23.59	6.07	5.79	6.18
Finnland	LKP	14420	3	5.71	6.21	4.79		5.71	5.01	5.23	4.67
Finnland	SK (Centre)	14810	1	23.20	22.09	17.11	17.63	22.94	3.36	2.01	4.76
Finnland	SMP	14820	4			1.03	6.96	8.01	3.98	1.98	5.67
Finnland	SFP	14901	1	7.48	6.20	5.16	5.28	5.36	4.21	2.85	5.60
Belgien-Flandern	LP-PVV-VLD	21421	4	12.04	18.28	9.49	11.73	13.70	6.27	7.56	4.81
Belgien-Wallonien	PLP-PRL-FDF	21422	4			5.59	9.40	9.20	5.71	8.08	3.29
Niederlande	D66	22330	2		4.48	5.46	7.34	8.42	3.58	4.40	2.99
Niederlande	VVD	22420	3	8.83	10.51	14.25	18.10	19.51	6.83	7.90	5.53
Luxemburg	PD	23420	1	16.62	15.10	22.60	18.80	20.85	4.93	5.72	3.94
Italien	PRI	32410	1	2.56	1.67	2.99	4.39	4.39	4.49	6.01	2.93
Italien	PLI	32420	4	4.29	6.40	2.38	2.50	2.86	5.41	6.68	4.15
Spanien	CDS	33512	3			2.69	4.6	4.6	6.03	7.94	3.16
Spanien	CiU	33611	3				6.67	1.77	7.07	8.43	5.51
Deutschland	FDP	41420	3	9.72	9.34	8.14	8.89	7.89	4.82	6.83	3.45
Österreich	FPÖ	42420	4	9.21	6.20	5.61	7.36	19.59	5.72	6.29	5.72
Österreich	LF	42421	1					4.05	5.20	6.17	4.21
Schweiz	FDP	43420	3	23.33	23.37	22.65	23.15	19.58	5.42	7.44	3.78
Großbritannien	Liberals	51420	1	5.85	9.88	14.74	13.28	18.72	4.77	5.57	4.02
Irland	Prorgressive Democrats	53420	3						6.23	6.77	5.54
Irland	Fianna Fail	53620	4	44.96	45.72	48.44	45.20	39.97	6.37	6.08	6.34
			MITTELWERT	13.85	13.59	11.49	11.61	11.85	5.17	5.75	4.53
			STABW	10.08	9.79	10.74	9.31	9.32	1.07	1.85	1.15

Quellen und Legende: Wahlergebnisse wurden Budge (2001) und Klingemann (2006) entnommen, ebenso wie der CMP Parteiencode. Die Links-Rechts-Werte wurden auf der Basis von Franzmann-Kaiser (2006) berechnet, die Werte für die ökonomische und gesellschaftspolitische Subskala nach Franzmann (2009) und sind im Internet unter www.politik.uni-koeln.de/kaiser/left-right-positions abrufbar.

Die Subtypen der liberalen Parteien sind: 1 – Radikal- bzw. Links-Liberale, 2 – Sozial-Liberale, 3 – Ökonomisch-Liberale, 4 – National-Liberale.

LR: Arithmetisches Mittel aller Links-Rechts-Werte auf der allgemeinen Skala.

ECO: Arithmetisches Mittel aller Links-Rechts-Werte auf der ökonomischen Skala.

SOC: Arithmetisches Mittel aller Links-Rechts-Werte auf der gesellschaftspolitischen Skala.

Die ideologischen Positionswerte sind immer auf einer Skala von 0 bis 10 angegeben, wobei 0 das extreme „linke“, 10 das extreme „rechte“ Ende der Skala repräsentiert.

Bei den Wählerstimmenanteilen ist auffällig, dass es neben sehr stimmenstarken Parteien in Belgien, Finnland, Niederlande, Schweiz, Großbritannien sowie dem Sonderfall der Fianna Fail sehr viele liberale Parteien mit Stimmanteilen zwischen 5 und 10% gibt. Die liberale Parteifamilie ist innerhalb Westeuropas somit schon im Wählerrückhalt recht heterogen. Bei den ideologischen Positionierungen ergeben sich je nach Untertyp zwar klare Unterschiede in der Links-Rechts-Positionierung, die jedoch bei den kontinentaleuropäischen Parteien ein klares Muster aufweisen: Auf der gesellschaftlichen Skala weisen alle kontinentaleuropäischen liberalen Parteien einen zur ökonomischen Skala vergleichsweise linkeren Wert auf, ungeachtet dessen, wie links oder rechts sich die Partei insgesamt verortet. In Skandinavien ist das außer beim dänischen Radikale Venstre und der schwedischen FP genau umgekehrt. Eine weitere Ausnahme ist die irische Fianna Fail, die sich allerdings seit 1990 dem Muster der Kontinentaleuropäer angeglichen hat, wie der detaillierten Darstellung im Anhang entnommen werden kann.[2]

Die Zuordnung zu den Subtypen liberaler Parteien erfolgte auf Grund der für die Partei zentralen Konfliktlinie in einem Parteiensystem. Liberale Parteien, deren historische Wurzeln am stärksten im Kampf um die Etablierung des Nationalstaates wurzeln, wurden entsprechend als national-liberale gekennzeichnet; bei einer historischen Dominanz des Klassenkonfliktes als ökonomisch-liberal; bei einer Prägung der Partei als Folge der Opposition gegen die dominante Staatskirche oder säkularisiertes Gegner der katholischen Kirche als links- oder radikal-liberal; bei einem starken Bezug zu Berufsgruppen aus dem erstarkenden Dienstleistungssektor auf Grund einer der klassisch-liberalen entgegen gesetzten Haltung im Arbeit-Kapital-Konflikt als sozial-liberal.

Eine Aufspaltung der ideologischen Positionierung nach diesen Subtypen offenbart ein zu erwartendes Ergebnis. Wie Tabelle 2 entnommen werden kann, weicht keiner der Subtypen von dem eben beschriebenen Schema ab, dass sich liberale Parteien ungeachtet ihrer generellen Lokalisierung auf der Links-Rechts-Skala in gesellschaftspolitischen Fragen weiter links positionieren als in ökonomischen Sachfragen. Die Gruppe der national-liberalen Parteien ist die einzige, deren gesellschaftspolitischer Mittelwert „rechts“ des virtuellen Scheidewertes von 5 liegt. Daher wird die Terminologie von Smith (1988), ökonomisch- und national-liberale Parteien unter Label „konservativ-liberal“ zu subsumieren verworfen, weil die ökonomisch-liberalen Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen eben nicht konservativ sind. Zu erwähnen ist, dass der Unterschied zwischen beiden Teilskalen bei den Ökonomisch-Liberalen am stärksten ausgeprägt ist, während bei den radikal-liberalen dieser

[2] Im Anhang sind die Links-Rechts-Werte nach Dekaden für alle berücksichtigen liberalen Parteien einzeln für die allgemeine, die ökonomische und die gesellschaftspolitische Links-Rechts-Skala aufgeführt.

Unterschied eher im Zufallsbereich liegt. Auffallend ist die vergleichsweise stark linke Positionierung der sozial-liberalen Parteien. Entsprechend wurde hier die Terminologie von Fleck (2006) nicht komplett übernommen und der Begriff „Links-Liberale“ durch den älteren, von Smith (1988) vorgeschlagenen „Radikal-Liberale“ ersetzt, weil die links-liberalen ansonsten rechts von den sozial-liberalen ideologisch verortet würden und zudem sich dieser Subtyp theoretisch nicht zwingend auf eine Position links der Mitte bestimmen lässt.

Tabelle 2: Die Links-Rechts-Positionierung liberale Parteien nach Subtypen

Typ	LR		ECO		SOC	
	MW	STABW	MW	STABW	MW	STABW
Radikal-Liberale	4.63	.62	4.67	1.68	4.51	1.00
Sozial-Liberale	3.20	.55	3.92	.68	2.65	.48
Ökonomisch-Lib.	5.78	.89	7.00	1.17	4.48	.98
National-Liberale	5.65	.81	6.07	1.98	5.17	1.13

Bis hierhin lässt sich schon mal festhalten, dass die präsentierten deskriptiven Statistiken zur ideologischen Positionierung liberaler Parteien systematische Muster offenbaren. Die ideologische Varianz innerhalb der liberalen Parteifamilie ist sehr groß. Inwieweit diese Varianz sich auf systematische Mechanismen im Parteienwettbewerb, den historischen Wurzeln oder doch auf opportunistische Office-Seeking_Strategien zurück gehen, wird im Folgenden eingehender untersucht.

2.4 Hypothesen

Bei den folgenden empirischen Untersuchungen stützen sich die Hypothesen auf die oben erfolgte Anwendung der Cleavage-Theorie auf liberale Parteien. Den liberalen Parteien wird als relevante Akteure selbstverständlich ein eigenständiger Handlungsspielraum zugestanden, den sie zur Verfolgung ihrer Strategien nutzen können. Das Ausmaß des Gestaltungsraumes ist jedoch historisch vorgeprägt – historisch erworbene Wählerverbindungen lassen sich nicht so schnell dauerhaft wandeln. Zudem ist zu vermuten, dass die Parteieliten nicht vollkommen sozialisationslose Geschöpfe sind. Das heißt, die historischen Prägungen der jeweiligen nationalstaatlichen liberalen Parteien werden von diesen Parteieliten ebenfalls verkörpert. Entsprechend werden sie stärker zum linken oder zum rechten Lager tendieren, sich selbst und ihre Partei eher als national-liberal, ökonomisch-liberal, sozial- oder links-liberal verorten.

Die zu erklärende Variable ist die ideologische Nähe der liberalen Partei zu der jeweils größten Partei der politischen Linken bzw. Rechten innerhalb eines politischen Systems. Es stellt sich die Frage, wovon diese Nähe geprägt wird.
Wie oben gesehen, ist es relativ unstrittig, liberale Parteien im Arbeit-Kapitel-Konflikt nicht auf Seiten der Arbeiter zu verorten. Wie stark diese Opposition zur Arbeiterschaft ist, bestimmt in welchem Ausmaß die Liberalen vom politisch linken Lager entfernt sind und wie leicht diese Kluft überbrückt werden kann. Dies führt zur ersten Hypothese:

(H1) Je stärker Selbstständige in der Wählerschaft der Liberalen überrepräsentiert sind, desto eher wird die liberale Partei zum rechten Lager tendieren. Dies gilt vor allem für die ökonomische Dimension.

Wie oben gesehen, repräsentieren liberale Parteien im Kirche-Staat-Konflikt dasjenige Lager, das sich für die Etablierung des demokratischen Nationalstaates einsetzt. Die Etablierung des Nationalstaates stand dabei nicht immer in Opposition zur Kirche. Dort, wo liberale Parteien das säkulare Lager gegenüber einer der Kirchen repräsentieren, sollten sie jedoch vom klerikalen, rechten Lager insbesondere in gesellschaftspolitischen Fragen weiter entfernt sein. Der Kirche-Staat-Konflikt führt zu zwei Hypothesen:

(H2) Eine liberale Partei tendiert je eher zum rechten Lager, desto gleicher die Konfessionszugehörigkeit zwischen den Parteifamilien verteilt ist und die liberale Partei diese Gleichverteilung in der Wählerschaft abbildet. Andernfalls – als Repräsentant einer Konfession oder des säkularen Lagers - wird sie sich gesellschaftspolitisch weiter links verorten.

Bei der Entstehung der Nationalstaaten waren die Liberalen häufig diejenige Kraft, die maßgeblich an dessen politischer Etablierung beteiligt war. Je früher das geschah, desto eher wurden sie mit einer linken Opposition in Folge der industriellen Revolution innerhalb des neu verfassten Nationalstaates konfrontiert. Als klassische Staatspartei war sie somit schnell Koalitionspartner der Konservativen.

(H3) Eine liberale Partei tendiert eher zum rechten Lager, wenn sie auf Grund der historischen Entwicklung als klassische Staatspartei gilt oder sich als solche versteht.

Neben diesen klassischen Konfliktlinien ergab sich durch den Wertewandel in den westeuropäischen Gesellschaften das Aufkommen neuer, libertärer Themen. Diese Themen werden häufig von ökologischen Parteien vertreten, sind aber grundsätzlich durchaus mit klassischen liberalen Politikinhalten kompatibel. Diese postmateriellen Wertehaltungen werden in der Regel mit der Linken verbunden. Je stärker die Wählerschaft einer liberalen Partei postmaterielle Werte vertritt, desto größer wird annahmegemäß der Druck auf die Partei sein, sich stärker nach links zu orientieren, oder andersherum:

(H4) Eine liberale Partei tendiert je eher zum rechten Lager, desto geringer der Anteil an Postmaterialisten in der liberalen Wählerschaft ist.

Die Thesen oben beziehen sich entweder auf ökonomischen Policys oder auf gesellschaftspolitische. Gordon Smith (1988) hat darauf hingewiesen, dass das eindimensionale Links-Rechts-Schema der liberalen Ideologie nicht gerecht wird. Bis heute liegen keine vergleichenden Studien auf der Basis zweidimensionaler Daten vor, wie sie hier gleich präsentiert werden. Zu erwarten ist, dass die Berücksichtigung einer zweiten Dimension besser die ideologische Positionierung liberaler Parteien erklärt, als dies ein eindimensionaler Ansatz kann.

(H5) Bei der Erklärung der ideologischen Positionierung liberaler Parteien ist die Analyse von mindestes zwei Dimensionen der Analyse einer einzigen, allgemeinen Links-Rechts-Dimension überlegen.

Schließlich gelten liberale Parteien als genuine Regierungsparteien. Der deutschen FDP hing lange das Etikett einer Umfallerpartei an, die ihre Entscheidungen alleine am Machterhalt und nicht an politischen Sachfragen ausrichte. Im Falle einer Dominanz einer Office-Seeking-Strategie zuungunsten einer Policy-Seeking-Strategie würde sich die inhaltliche Ausrichtung ein wenig nach der Stärke der anderen politischen Lager richten. Dies führt zur sechsten Hypothese:

(H6) Liberale Parteien richten sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung primär nach der Regierungsbeteiligung aus und somit nach der Ideologie des stimmstärksten Lagers oder des wahrscheinlichsten Koalitionspartners.

3. Operationalisierung

Zur empirischen Analyse der entwickelten Hypothesen stehen verschiedene Datensätze zur Verfügung. Das Problem allerdings liegt darin, international vergleichende Datensätze für möglichst viele Länder über einen großen Zeitraum nutzbar zu machen. Für die Variablen auf der unabhängigen Seite wurde hierfür auf den Eurobarometer Trendfile zurückgegriffen, der allerdings die unterschiedlichen Staaten in sehr verschiedenen Zeiträumen abdeckt. Die abhängige Variabeln lassen sich hingegen gut über den Wahlprogrammdatensatz des *Comparative Manifestos Project* (CMP; Budge et al 2001; Klingemann et al 2006) erfassen. Aber auch hier gibt es einige Dinge zu beachten, die wir im Folgenden diskutieren werden.

3.1 Abhängige Variablen

Als abhängige Variable dient die ideologische Distanz zwischen der größten rechten und der größten linken Partei. Die ideologische Distanz wird dabei mit Hilfe von Links-Rechts-Skalen bestimmt. Das Begriffspaar Links-Rechts hat sich als allgemeine Informationsheuristik in Öffentlichkeit und Wissenschaft zur Einordnung ideologischer Positionen durchgesetzt (Fuchs/Klingemann 1990; Mair 2007). Die Messung soll nicht auf eine einzelne, allgemeine Dimension beschränkt bleiben, sondern die Mehrdimensionalität des politischen Raumes berücksichtigen. In der Literatur hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass eine zweidimensionale Verortung der Parteien auf einer ökonomischen Links-Rechts-Skala und einer gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Skala meist ein hinreichendes Bild der ideologischen Positionierungen liefert, obwohl der politische Raum sich häufig in weitere Subdimensionen einteilen lassen könnte (Kitschelt 1994; Marks/Steenbergen 2002; Kriesi et al 2008). Zur Messung ideologischer Positionen stehen verschiedene Datenquellen zur Verfügung. Am populärsten sind Experteneinschätzung, Massenumfragen und Dokumentauswertungen. Experteneinschätzungen weisen – neben einigen anderen Defiziten wie der unterschiedlichen Auffassung der befragten Experten, was unter links und rechts zu verstehen sei - das Problem auf, dass sie nicht in durchgehenden Zeitreihen vorliegen und sich daher nicht für Längsschnittstudien eigenen. Da im vorliegenden Beitrag die Angebotsseite der Politik als abhängige Variable fokussiert wird, kommen auf Wählerumfragen basierende Links-Rechts-Einstufungen ebenfalls nicht in Frage. Bei der Auswertung von Dokumenten bietet sich zur Analyse mittelfristig wirksamer Ideologien die Analyse von Wahlprogrammen an. Medienauswertungen erfassen meist nur kurzfristige Reaktion auf Ereignisse im Wahlkampf und werden hier nicht berücksichtigt (Frey 2009). Wahlprogramme lassen sich entweder Computer basiert mit Wordscore-Verfahren (Laver/Benoit/Garry 2003) oder von menschlichen Codieren erfassen. Ohne an dieser Stelle zu sehr auf die Unterschiede beider

Verfahren eingehen zu können, erfolgt der Rückgriff auf die menschlich codierten Daten von CMP schon alleine aus dem Grund, dass dieser Datensatz bislang der einzig existierende, Datensatz ist, der eine beinah komplette, international vergleichende und durchgängige Zeitreihe seit 1945 bietet. Der Datensatz basiert auf je nach Land 56 Einzelkategorien, deren Ergebnisse Salienzen, also in Prozent gemessene Themenhervorhebungen im Wahlprogramm sind. Relativ häufig wird zur Links-Rechts-Verortung auf einen Vorschlag von Laver/Budge (1992) zurückgegriffen, der über alle Länder und Zeitpunkte ein einheitliches, aus Marxistischen Überlegungen abgeleitetes Schema anwendet. Hier möchte ich auf das Verfahren von Franzmann/Kaiser (2006) zurückgreifen, weil es das einzige Verfahren ist, dass für jedes Land ein eigenes Schema an linken, rechten und Valenz-Issues bestimmt, zeit- und länderspezifische Besonderheiten berücksichtigt sowie für einmalige Signaleffekte ein Glättungsverfahren vorschlägt. Im Vergleich zu anderen Verfahren liefert die Vorgehensweise von Franzmann/Kaiser die besten Validitätsergebnisse (Dinas/Geminis 2009; Franzmann 2009).[3]

Die ideologische Nähe der liberalen Parteien zum linken bzw. rechten Lager wird aus dem Absolutbetrag (ABS) der Differenz zwischen der ideologischen Distanz der liberalen zur größten rechten Partei einerseits und der größten linken Partei andererseits wie folgt berechnet:

$$\text{DiffLR} = \text{ABS}\ (\ (Pr-Pb) - (Pl-Pb)\ ),$$

wobei Pr die Position der größten rechten Partei, Pl die Position der größten linken Partei, und Pb die Position der größten liberalen Partei repräsentiert. Diese Berechnungen erfolgen getrennt für die allgemeine, eine ökonomische und eine gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension. Bei negativen Werten ist die Distanz zur linken Partei größer, bei positiven ist die Distanz zur rechten Partei größer.

Grundsätzlich ist es denkbar, dass die Fokussierung auf ideologische Dimensionen die eigentliche programmatische Nähe oder Distanz zwischen den Parteien überlagern oder verstärken könnte. Daher wird die programmatische Nähe zu den rechten und linken Parteien wird neben dem klassischen Links-Rechts-Positionsmaß mit Hilfe eines salienztheoretisch basierten Übereinstimmungsindex untersucht (Franzmann 2008). Der Vorteil dieser zusätzlichen Variablen ist, dass somit programmatische Nähe jenseits der klassischen Links-Rechts-Begriffe sichtbar gemacht werden kann. Der Übereinstimmungsindex gibt an, wie viel

[3] Die Daten können im Internet unter http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html eingesehen und herunter geladen werden.

Prozent Übereinstimmung in den inhaltlichen Hervorhebungen zwei miteinander verglichene Parteien aufweisen. Die Formel lautet (Franzmann 2008: 82):

$$Ü = 100 - ½ \Sigma |Sa - Sb|,$$

wobei Sa und Sb der in Prozenten gemessene Salienzwert der Partei a bzw. b in der jeweils selben Kategorie ist.

Für die christ- und sozialdemokratischen Parteien konnte ein Anwachsen der programmatischen Übereinstimmung von weniger als 50% in der Nachkriegszeit auf fast 70% zur Jahrtausendwende festgestellt werden (Franzmann 2008: 88). Es wird spannend sein zu sehen, ob sich das für die liberale Parteifamilie im Vergleich zu den anderen eine ähnliche Entwicklung diagnostizieren lässt.

3.2 Unabhängige Variablen:

Entsprechend der unter 2.4 formulierten Hypothesen werden in der empirischen Analyse unabhängige Variablen zu den Berufsgruppen, der Konfession und den Werteeinstellungen berücksichtigt. Als qualitative Dummy-Variable geht ferner entsprechend der Hypothese 3 ein, ob die betrachtete liberale Partei als staatsgründene Partei gilt oder nicht.

Zur Analyse der Berufsgruppen wird die Ungleichverteilung über die Eurobarometer-Kategorien in der liberalen Wählerschaft gegenüber allen Befragten herangezogen. Zur Vereinheitlichung wurden die 15 Originalkategorien in fünf Unterkategorien eingeteilt, nämlich in (1) Selbstständige, (2) leitende Angestellte, (3) Arbeiter und nicht-leitende Angestellte, (4) nicht als arbeitslos geltende Transferempfänger (z.B. Rentner) (5) Arbeitslose.[4] Sowohl innerhalb der Wählerschaft der liberalen Partei als auch für die Gesamtbefragten eines Landes würden die Prozentanteile ausgerechnet. Da im Rahmen des Arbeit-Kapital-Konfliktes interessiert, wie stark die Seite der Besitzenden repräsentiert wird, wurde in Analysen der Anteil an Selbstständigen in der Wählerschaft der liberalen Partei mit dem in der Gesamtwählerschaft verglichen. Dies erfolgte über die einfache Differenz, indem der Anteilswert der Selbstständigen in der liberalen Wählerschaft von dem Anteilswert in der Gesamtwählerschaft abgezogen wurde. Negative Werte zeigen somit an, dass Selbstständige innerhalb der liberalen Wählerschaft überrepräsentiert sind, während positive Werte auf eine Unterrepräsentierung hindeuten.

In ähnlicher Weise wird die Konzentration von unterschiedlichen Konfessionen in einer liberalen Partei im Vergleich zur Gesamtwählerschaft untersucht. Hierbei wird verglichen, wie stark die Verteilung in der liberalen Wählerschaft von den Gesamtbefragten abweicht. Als

[4] Die genaue Umkodierung kann beim Autor angefragt werden.

Gruppen wurden Katholiken, Protestanten, weitere evangelische Gruppen (Freikirchen), Orthodoxe und sonstige Religionsgemeinschaften unterschieden. In der weiteren Überarbeitung dieses Beitrags soll die Kirchgangshäufigkeit zur Messung der Säkularisierung der liberalen Wählerschaft im Vergleich zu den Gesamtbefragten mit berücksichtigt werden. Dies ist bislang noch nicht erfolgt.

Zur Messung des Anteils der Postmaterialisten wurde der im Trendfile existierende Materialismus-Postmaterialismus-Index herangezogen. Auf Basis dieser Befragteneinstufung wurde mit folgender Formel eine Skala kreiert, die das Verhältnis von Postmaterialisten und Materialisten zueinander abbildet und die gemischten Typen als mäßigend berücksichtigt:

$$PMS = (PMAT - MAT)/(PMAT+MIX+MAT),$$

wobei PMAT der prozentuale Anteil an Postmaterialisten, MAT der prozentuale Anteil an Materialisten und MIX der prozentuale Anteil der gemischten Typen repräsentiert. Dieser Index (PMS) nimmt den Wert 1 an, wenn alle Wähler Postmaterialisten sind und den Wert -1, wenn alle Wähler Materialisten. Die Skalenwerte der liberalen Parteien wurden mit dem Skalenwert aller Befragten des jeweiligen Landes vergleichen und somit ermittelt, wie überproportional Postmaterialisten bei der jeweiligen liberalen Partei über- oder unterrepräsentiert ist.

Als Kontrollvariable werden ferner der Stimmenunterschied sowie der unterschiedliche Stimmenzuwachs der größten rechten und größten linken Partei berücksichtigt als Indikator dafür, ob sich liberale Parteien inhaltlich nach den Verschiebungen der Stimmengewichte zwischen den politischen Lagern ausrichten. Dies erfolgte über die folgende einfache Differenz des Stimmenanteils der größten rechten Partei (VOTEr) minus des Stimmenateils der größten linken Partei (VOTEl).

$$Diff_Vote = VOTEr - VOTEl.$$

4. Empirische Ergebnisse

Bei der Zusammenstellung des Datensatzes können betreffend der ideologischen Positionierungen und der Wahlergebnisse auf komplette, international vergleichbare Zeitreihen seit 1945 zurückgegriffen werden. Für die meisten unabhängigen Variablen gilt dies nicht. Die Eurobarometer-Erhebungen existieren erst seit den 1970er Jahren und auch nur für die jeweiligen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft und später der Europäischen Union. In einem ersten Schritt wird untersucht, ob im Gesamtverlauf sich die liberalen Parteien ideologisch am stimmenstärksten Lager ausgerichtet haben oder nicht. Im zweiten

Abschnitt wird die Analyse dann mit Hilfe der Eurobarometer-Daten verfeinert und diese vorläufigen Ergebnisse überprüft.

4.1 Bivariate Ergebnisse

Zunächst werfen wir einen Blick auf die deskriptiven Ergebnisse des Übereinstimmungsindex und der Distanz auf den ideologischen Skalen zwischen den liberalen Parteien und jeweils der größten rechten und der größten linken Partei. Tabelle 3 fasst die Ergebnisse nach den vier weiter oben identifizierten Untertypen innerhalb der liberalen Parteifamilie zusammen. Die Zusammenfassung zu solchen Subtypen mittelt die Besonderheiten einzelner liberaler Parteien heraus. So wird z.B. nicht der besondere Verlauf der deutschen FDP erkennbar. Die FDP erzielt insbesondere in den 1960er Jahre sehr hohe Werte beim Übereinstimmungsindex mit der SPD, die sich allerdings nicht gleichermaßen in den ideologischen Positionswerten widerspiegeln. Die inhaltliche Nähe zu Beginn der Ära der sozialliberalen Koalition ist somit gut aus den unterschiedlichen Themenhervorhebungen (Salienzen), weniger aber aus den ideologischen Positionen heraus erkennbar. Ein weiterer interessanter Ausreißer ist hier das Jahr 1972, indem die FDP plötzlich einen recht geringen Überstimmungswert mit der SPD hat, der ab 1976 wieder aber fast das Niveau in den 1960er Jahren erreicht. Insgesamt erreicht die FDP sowohl mit Christ- als auch mit den Sozialdemokraten im internationalen Vergleich relativ hohe und im Zeitverlauf praktisch kontinuierlich steigende programmatische Übereinstimmung, so wie es für die deutschen Christ- und Sozialdemokraten untereinander auch berichtet wird (Franzmann 2008). Bei den übrigen ökonomisch-liberalen Parteien, und das wird aus Tabelle 3 deutlich, fällt hingegen nach 1990 die Übereinstimmung zu beiden Parteilagern durchaus beachtlich. Dies ist deswegen besonders erwähnenswert, weil für alle anderen Subtypen, aber auch für die ökonomisch-liberalen Parteien bis zu dieser Periode im Mittel ein kontinuierlicher Anstieg der programmatischen Überstimmung mit beiden Parteienlagern festzustellen ist.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum sind radikal-liberale und sozial-liberale Parteien mit ihren den Werten des Übereinstimmungsindex näher an den Linken als an den Rechten, bei den ökonomisch-liberalen und den national-liberalen ist es erwartungsgemäß genau umgekehrt. Sehr hohe Übereinstimmungswerte mit beiden Lagern zeigen die (lediglich) zwei sozial-liberalen Parteien. Auf den unterschiedlichen Links-Rechts-Skalen sieht das Bild nicht so einheitlich aus. Hier waren in den 1950er und 1970er Jahren die radikal-liberalen Parteien jeweils näher am rechten Lager. Auffallend ist auch, dass in den 1970er Jahren sowohl die radikal- als auch die ökonomisch-liberalen in gesellschaftspolitischen Fragen näher an den Rechten dran waren, was über den Zeitverlauf ein eher untypisches Ergebnis ist.

Tabelle 3: Programmatische Übereinstimmung und ideologische Distanz liberaler Parteien zum rechten und linken Parteienlager

Subtyp	Zeitraum	Ü_rechts	U_links	**diff_Ü**	diffLR	**diffECO**	diffSOC
Radikal-Liberal	1945-59	44.54	45.93	**-1.39**	-0.82	**-1.06**	0.42
	1960-69	53.27	54.36	**-1.09**	0.11	**-0.47**	0.33
	1970-79	50.83	52.24	**-1.41**	-0.07	**0.49**	-0.71
	1980-89	54.14	58.88	**-4.74**	0.61	**0.96**	0.69
	1990-2003	56.17	61.43	**-5.26**	0.25	**0.76**	0.60
	Mittelwert	*51.79*	*54.57*	***-2.78***	*0.02*	***0.14***	*0.27*
Sozial-Liberal	1945-59	57.78	62.73	**-4.95**	0.97	**-2.10**	1.47
	1960-69	54.50	66.37	**-11.87**	2.22	**1.34**	2.85
	1970-79	58.48	65.83	**-7.34**	1.82	**0.68**	2.26
	1980-89	62.94	68.04	**-5.09**	1.38	**-0.82**	2.58
	1990-2003	59.70	69.75	**-10.05**	2.18	**1.33**	2.69
	Mittelwert	*58.68*	*66.54*	***-7.86***	*1.71*	***0.09***	*2.37*
Ökonomisch-Liberal	1945-59	46.73	45.34	**1.38**	-1.18	**-2.23**	0.25
	1960-69	51.40	48.47	**2.92**	-0.36	**-1.00**	1.08
	1970-79	55.70	47.09	**8.60**	-1.26	**-1.56**	-0.97
	1980-89	65.85	61.82	**4.03**	-0.85	**-1.69**	0.09
	1990-2003	61.51	59.92	**1.58**	-0.92	**-1.42**	-0.10
	Mittelwert	*56.23*	*52.53*	***3.70***	*-0.91*	***-1.58***	*0.07*
National-Liberal	1945-59	52.77	49.70	**3.07**	-1.09	**-0.95**	-0.72
	1960-69	50.83	44.97	**5.86**	-1.17	**-1.42**	-0.52
	1970-79	51.85	49.50	**2.35**	-2.10	**-2.27**	-0.98
	1980-89	58.19	48.16	**10.04**	-1.93	**-2.04**	-0.72
	1990-2003	59.15	53.53	**5.04**	-1.40	**-1.84**	-1.07
	Mittelwert	*54.56*	*49.17*	***5.27***	*-1.54*	***-1.71***	*-0.80*
Alle	1945-59	48.63	48.16	**0.47**	-0.88	**-1.36**	0.04
	1960-69	52.09	50.84	**1.25**	-0.26	**-0.77**	0.43
	1970-79	53.13	51.56	**1.57**	-0.85	**-0.93**	-0.54
	1980-89	60.13	57.45	**2.69**	-0.57	**-1.06**	0.28
	1990-2003	59.09	59.71	**-0.77**	-0.42	**-0.64**	0.09
	Mittelwert	*54.62*	*53.54*	***1.04***	*-0.60*	***-0.95***	*0.06*
	Bei diff_Ü: Negative Werte: größere Übereinstimmung mit Linke; Positive Werte: größere Übereinstimmung mit Rechte				Bei diffLR; diffECO; diffSOC: Negative Werte: näher an Rechte; Positive Werte: Näher an Linke		

Die national-liberalen Parteien tendieren auf allen Dimensionen stärker zum rechten Lager und sind in der ökonomischen Dimension sogar näher an den rechten Parteien als die ökonomisch-rechten Liberalen. Das scheint auf dem ersten Blick dem Befund weiter vorne zu widersprechen, dass die ökonomisch-liberalen auf der ökonomischen Skala der am weitesten rechts platzierte Subtyp darstellt. Allerdings berechnet sich die Distanz aus dem Wert der liberalen Partei und ihrem jeweiligen Mitbewerbern im Parteiensystem. Der hohe Wert kann sich somit daraus erklären, dass in Ländern mit national-liberalen Parteien entweder die linken Parteien auf der ökonomischen Skala sehr weit links platziert sind und/oder die Parteien des rechten Lagers sich ökonomisch eher zentral verorten, wie es für christdemokratische Parteien typisch ist. Dies alles sind erste Hinweise darauf, dass die ideologische Verortung liberaler Parteien sowohl ihre historischen Wurzeln als auch die aktuelle Wettbewerbssituation im Parteiensystem widerspiegelt, allerdings nicht unbedingt Ergebnis eines extremen Strebens nach Regierungsteilhabe sind.

Die bivariaten Analysen untermauern diesen Eindruck. Die Tabelle 4 bis 8 fassen die Korrelationsergebnisse für die Variablen zusammen, die durchgängig seit 1945 verfügbar sind. Die einzelnen Tabellen repräsentieren wiederum Teilergebnisse für die Parteifamiliensubtypen. Die Veränderung des Wählerstimmenanteils zwischen den politischen Lagern ist für die Gruppe de radikal-liberalen Parteien sowie bei der Berechnung für alle liberalen Parteien lediglich in Hinblick auf das salienztheoretisch fundierte Übereinstimmungsmaß signifikant, nicht jedoch für irgendeines der ideologischen Distanzmaße. Das negative Vorzeichen bedeutet hier, dass bei einem Anstieg des Stimmenanteils des rechten Lagers die relative Übereinstimmung mit dem rechten Lager zunimmt (und mit dem linken Lager abnimmt und umgekehrt). Für die Gruppe der radikal-liberalen Parteien kann also eine gewisse Orientierung am stimmenstärksten Lager nicht ausgeschlossen werden. Diese Orientierung schlägt sich aber nicht in Links-Rechts-Positionen, sondern in der stärkeren Hervorhebung der gemeinsamen Themen mit dem Stimmen gewinnenden Lagers nieder. Auffallend ist ferner die vergleichsweise niedrige Korrelation des Übereinstimmungsindex mit den Links-Rechts-Differenzen für die Gruppe der radikal-liberalen Parteien. Berücksichtigt man ferner, dass radikal-liberale Parteien verglichen mit den anderen Subtypen grundsätzlich leicht niedrigere Übereinstimmung mit dem sowohl mit dem rechten als auch mit dem linken Lager aufweisen, so liegt die Schlussfolgerung nahe, dass ihre „radikale“ Liberalität ihr ein eigenständiges programmatisches Profil verpasst, während die übrigen drei Subtypen eine starke Zugehörigkeit zum linken oder rechten Parteienlager aufweisen.

Auffallend sind ferner die Werte für den „Staatsparteien-Dummy“. Durchgängig signifikant ist er in der Rechnung für alle Parteien, was ein deutlicher Hinweis darauf ist, dass sich in der Subtypenbildung diese Eigenschaft schon versteckt. Umso interessanter ist der gegenläufige Effekt auf der gesellschaftspolitischen Skala zwischen ökonomisch-liberalen und national-liberalen Parteien. Ökonomisch-liberale Staatsparteien haben in gesellschaftspolitischen Fragestellungen erwartungsgemäß deutlich größere programmatische Schnittmengen mit dem rechten Lager, während bei den national-liberalen Parteien dann ein Effekt in Richtung des linken Lagers festzustellen ist. Dafür orientieren sich in ökonomischen Fragen starker am rechten Lager, so dass sich dieser Effekt für die national-liberalen Parteien in der Summe aufhebt. Die Trennung der Dimensionen kann also Effekte offen legen, die im Aggregat der eindimensionalen Links-Rechts-Skala verborgen bleiben würden.

Tabelle 4

Radikal-Liberal	diffLR	diffECO	diffSOC	diff_cong	Wählerstimmen	Staatspartei
diffLR	1					
diffECO	0.5448**	1				
diffSOC	0.5150**	-0.1233	1			
diff_cong	-0.1926**	-0.1922**	-0.1756	1		
Wählerstimmen	-0.1225	0.0825	-0.0809	-0.2289**	1	
Staatspartei	-0.0573	0.1318	-0.1268	0.0359	0.0196	1

Tabelle 5

Sozial-Liberal	diffLR	diffECO	diffSOC	diff_cong	Wählerstimmen	Staatspartei
diffLR	1					
diffECO	0.6453**	1				
diffSOC	0.8336**	0.5240**	1			
diff_cong	-0.3580**	-0.3590**	-0.2297	1		
Wählerstimmen	0.1235	0.1249	0.0121	-0.0585	1	
Staatspartei	n	n	n	n	n	n

Tabelle 6

Ökonomisch-Liberal	diffLR	diffECO	diffSOC	diff_cong	Wählerstimmen	Staatspartei
diffLR	1					
diffECO	0.7572**	1				
diffSOC	0.6574**	0.2646**	1			
diff_cong	-0.5060**	-0.4561**	-0.4039**	1		
Wählerstimmen	0.0988	0.0892	-0.0211	-0.0421	1	
Staatspartei	-0.0871	0.1484	-0.3575**	0.1291	-0.0957	1

Tabelle 7

National-Liberal	diffLR	diffECO	diffSOC	diff_cong	Wählerstimmen	Staatspartei
diffLR	1					
diffECO	0.8204**	1				
diffSOC	0.7131**	0.5026**	1			
diff_cong	-0.2595**	-0.1801	-0.2275**	1		
Wählerstimmen	-0.0522	-0.0069	-0.0017	-0.0858	1	
Staatspartei	-0.1244	-0.1866**	0.1806**	0.0226	-0.0574	1

Tabelle 8

Alle	diffLR	diffECO	diffSOC	diff_cong	Wählerstimmen	Staatspartei
diffLR	1					
diffECO	0.7359**	1				
diffSOC	0.7361**	0.3484**	1			
diff_cong	-0.4305**	-0.3705**	-0.3596**	1		
Wählerstimmen	-0.0032	0.0565	-0.0204	-0.1185**	1	
Staatspartei	-0.2771**	-0.1316**	-0.2423**	0.1834**	-0.0283	1

Tabelle 9

	PMAT	Religon	Beruf	Staatspartei
PMAT	1			
Religion	0.1103	1		
Beruf	0.2569**	0.125	1	
Staatspartei	-0.3557**	-0.2440**	-0.2668**	1
radikal	0.1628	0.2697**	0.0581	-0.1458**
sozial	0.4720**	0.1318	0.2641**	-0.3349**
ökonomischc	-0.2027**	-0.0858	0.0293	0.2071**
national_	-0.3062**	-0.2600**	-0.2645**	0.1556**

Zum Abschluss der bivariaten Analysen fasst Tabelle 9 die Korrelation zwischen den Subtypen und den erklärenden Variablen zusammen. Da sowohl die Variablen als auch die Zugehörigkeit zu den Subtypen mit Hilfe der Cleavage-Theorie hergeleitet wurden, sollten entsprechend hohe Korrelationen auftreten. Postmaterielle Werthaltungen sind am stärksten in der Wählerschaft der sozial-liberalen Parteien vertreten und besonders gering bei den national-liberalen Parteien. Die Radikalen zeigen hier keinen signifikanten Zusammenhang, den sie allerdings mit der Religionsvariablen haben: Die Radikalen überrepräsentieren bestimmte Religionsgruppen. Die Selbstständigen sind nicht bei den ökonomisch-liberalen, sondern vielmehr bei den national-liberalen Parteien über- und bei den sozial-liberalen Parteien unterrepräsentiert. Somit gibt es für die ökonomisch-liberalen Parteien lediglich einen negativen Zusammenhang mit postmaterieller Wertehaltung in ihrer Wählerschaft festzustellen. In der Längsschnittbetrachtung gibt es innerhalb dieses Subtyps die

Besonderheit der deutschen FDP. Die deutsche FDP repräsentierte in den 1970er Jahren deutlich das protestantische Lager, weist jedoch seit den 1980er Jahren ein zunehmend ausgeglichenes Konfessionsverhältnis in ihrer Wählerschaft aus. In der deutschen Wählerschaft ist aber das Wahlverhalten nach wie vor latent von der Konfessionszugehörigkeit geprägt. Die christdemokratischen Parteien werden überproportional von Katholiken gewählt, während sich in der Wählerschaft von SPD und Grüne überproportional viele Protestanten wieder finden. Hätte man auf Grund der konfessionellen Struktur ihrer Wählerschaft die deutsche FDP auch als radikal-liberal bezeichnen können, so wäre das seit den 1980er Jahren schlicht unangebracht.

4.2 (Vorläufige) Multivariate Modelle

Nach diesen bivariaten Zusammenhängen interessiert jetzt, ob sich bei einer multivariaten Analyse die weiter oben aufgestellten Hypothesen bestätigen lassen oder nicht. Entsprechend der erfolgten Überlegungen wird folgende Modellstruktur entworfen:

Differenz LR oder Ü = Konstante + B1 * Stimmendifferenz der politischen Lager
+ B2 * Liberale als Staatspartei
+ B3 * Anteil Postmaterialisten
+ B4 * Verteilung der Konfessionen
+ B5 * Anteil der Selbstständigen,
+ Störterm,

wobei die abhängige Variable jeweils die Differenz des Unterschiedes der liberalen Partei zur größten rechten bzw. linken Partei auf einer der drei Links-Rechts-Skalen oder bezüglich des Übereinstimmungsindex ist. Die „B“s repräsentieren die jeweiligen Koeffizienten. Die in den Tabellen 10 bis 13 aufgeführten Modelle weisen alle keine Heteroskedastizität auf. Auf eine zeitverzögerte abhängige Variabel und auf Dummys für die Parteien wurde hier verzichtet, weil sie ein Großteil der interessierenden Varianz auf sich ziehen würden. Eine Unterscheidung nach den Subtypen innerhalb der liberalen Parteifamilie wurde auf Grund der hohen Korrelationen (Problem der Varianzinflation und Multikollinearität) mit den Variablen basierend auf dem Eurobarometer verworfen. Die Ergebnisse dieser einfachen Regressionen sollen lediglich erste Zusammenhänge illustrieren. Für die Zukunft stehen noch Verfeinerungen des Modells bezüglich der Gewichtung einzelner Fälle und Sensitivitätsnalysen aus. Bislang zeigten sich die Ergebnisse der einfachen Modelle als robust. Sowohl die Berechnung mit nach Parteien als auch Ländern geclusterten

Standardfehlern erbrachten keine Veränderungen in den Signifikanzniveaus der Koeffizienten.

Allen Modellen ist gemeinsam, dass die Änderung der Stimmendifferenz zwischen rechten und linken Lager keinerlei Einfluss auf die ideologische Distanz der liberalen Parteien zu den anderen Mitbewerbern hat. Die höchste Varianzaufklärung erreicht das Modell für die allgemeine Links-Rechts-Skala. Hoch signifikant ist der Dummy der liberalen Partei als „Staatspartei“, der in allen drei Links-Rechts-Modellen erwartungsgemäß eine Annäherung an das rechte Lager offenbart. Ebenfalls hochsignifikant ist der Anteil der Postmaterialisten in der liberalen Wählerschaft. Je stärker Wähler mit postmateriellen Wertehaltungen in der liberalen Wählerschaft überrepräsentiert sind, desto stärker nach links tendieren die liberalen Parteien. Bei der Konfessionsvariablen zeigt sich überraschenderweise, dass sie zwar für allgemeine und die ökonomische Skala, jedoch nicht für die gesellschaftspolitische Skala relevant ist. Die Repräsentanz des Kirche-Staat-Konfliktes führt also zu einer linkeren Positionierung in ökonomischen, aber nicht in gesellschaftspolitischen Sachfragen. Der Anteil der Selbstständigen zeigt in keinen der Modelle einen signifikanten Einfluss.

Die Erklärungswerte für die Unterschiede im Übereinstimmungsindex sind durchweg geringer. Hoch signifikant ist lediglich der Einfluss des Anteils der Postmaterialisten, der wie in den anderen Modellen mit einer stärkeren Orientierung hin zum linken Lager einhergeht.

In die gleiche Richtung, wenn gleich nur mit einem schwach signifikanten Effekt auf dem (umstrittenen) 0,1-Niveau hat die Konfessionsvariable. Ebenfalls schwach signifikant auf dem 0,1-Niveau ist der Effekt des Dummys einer liberalen Staatspartei ausgeprägt, hier allerdings mit einer Wirkung hin zu einer Annäherung an die Programmatik der größten rechten Partei.

Tabelle 10

Distanz auf Links-Rechts-Skala	Koeffizient	Standard-fehler	t-Wert	P>|t|	Beta
Änderung Stimmendifferenz Rechts-Links	0.00	0.02	0.00	1.00	0.00
Dummy: Liberale als Staatspartei	-1.73**	0.29	-5.95	0.00	-0.46
Postmaterialisten in Relation zur Gesamtwählerschaft	6.06**	1.43	4.25	0.00	0.33
Verteilung Konfessionen in Relation zur Gesamtwählerschaft	4.73**	1.76	2.68	0.01	0.20
Anteil der Selbstständigen in Relation zur Gesamtwählerschaft	-0.68	2.00	-0.34	0.73	-0.03
Konstante	-1.05**	0.35	-3.02	0.00	.
N	110				
R^2	0.4712**				

Tabelle 11

Unterschied im Überseinstimmungsindex	Koeffizient	Standard-fehler	t-Wert	P>|t|	Beta
Änderung Stimmendifferenz Rechts-Links	0.00	0.13	-0.02	0.98	0.00
Dummy: Liberale als Staatspartei	3.68*	2.03	1.82	0.07	0.17
Postmaterialisten in Relation zur Gesamtwählerschaft	-36.95**	9.97	-3.71	0.00	-0.35
Verteilung Konfessionen in Relation zur Gesamtwählerschaft	-22.01*	12.32	-1.79	0.08	-0.16
Anteil der Selbstständigen in Relation zur Gesamtwählerschaft	4.85	14.58	0.33	0.74	0.03
Konstante	7.36	2.45	3.01	0.00	.
N	108				
R^2	0.22**				

Anmerkung: Die Abweichung bei der Fallanzahl geht auf ein Fehlen der Überstimmungswerte des Liberalen Forums 1994 und der wallonischen Liberalen 1999 zurück. Der Nachtrag der beiden Werte war bei Fertigstellung dieser vorläufigen Version noch nicht abgeschlossen.

Tabelle 12

Distanz auf ökonomischer Skala	Koeffizient	Standard-fehler	t-Wert	P>|t|	Beta
Änderung Stimmendifferenz Rechts-Links	-0.02	0.02	-1.07	0.29	-0.09
Dummy: Liberale als Staatspartei	-0.88**	0.31	-2.84	0.01	-0.25
Postmaterialisten in Relation zur Gesamtwählerschaft	4.50**	1.53	2.94	0.00	0.26
Verteilung Konfessionen in Relation zur Gesamtwählerschaft	5.28**	1.89	2.79	0.01	0.24
Anteil der Selbstständigen in Relation zur Gesamtwählerschaft	2.81	2.14	1.31	0.19	0.12
Konstante	-1.68**	0.37	-4.50	0.00	.
N	110				
R^2	0.32**				

Tabelle 13

Distanz auf gesellschaftspolitischer Skala	Koeffizient	Standard-fehler	t-Wert	P>|t|	Beta
Änderung Stimmendifferenz Rechts-Links	0.00	0.02	-0.09	0.93	-0.01
Dummy: Liberale als Staatspartei	-1.83**	0.36	-5.14	0.00	-0.45
Postmaterialisten in Relation zur Gesamtwählerschaft	5.15**	1.75	2.94	0.00	0.26
Verteilung Konfessionen in Relation zur Gesamtwählerschaft	0.87	2.17	0.40	0.69	0.03
Anteil der Selbstständigen in Relation zur Gesamtwählerschaft	-1.33	2.46	-0.54	0.59	-0.05
Konstante	0.35	0.43	0.81	0.42	.
N	110				
R^2	0.31**				

5. Diskussion

Die empirischen Analysen ergeben – vorbehaltlich der noch folgenden Modifikationen der Modelle – ein klares Bild: Die wesentlichen Annahmen der in Kapitel 2.4 aufgestellten Hypothesen werden bestätigt, allerdings mit ein paar nennenswerten Ausnahmen. Unter der international vergleichenden Perspektive erscheinen liberale Parteien nicht mehr als eine Parteifamilie, die sich vor allem auf die Regierungsteilhabe konzentriert. Ihre ideologische Nähe zu dem rechten oder zum linken entspricht ihren historischen Wurzeln. Die Hypothese, dass sich liberale Parteien am stimmstärksten Lager orientieren, muss weitestgehend abgelehnt werden.

Eine Ausnahme bilden die radikal-liberalen Parteien, die in der bivariaten Analyse einen solchen Zusammenhang aufscheinen lassen. Die Radikalen sind wiederum diejenigen, die sich am stärksten von ihren übrigen Konkurrenten unterscheiden und somit als ideologisch eigenständigste Gruppe innerhalb der liberalen Parteifamilie erscheint. Ihre Schwerpunktsetzungen scheinen im Rahmen der üblichen Links-Rechts-Dichotomie nicht so gut erfasst zu werden wie unter salienztheoretischen Gesichtspunkten.

Eine weitere Ausnahme ist, dass die gesellschaftlichen Unterscheidungsmerkmale liberale Programmatik besser erklären als die berufliche Struktur ihrer Wählerschaft. Das ist erst einmal überraschend und widerspricht Hypothese H1. Zur Erhärtung dieses Befundes soll in Zukunft noch die Einkommensstruktur als weiterer Indikator herangezogen werden. Sollte sich der Befund für diese Variable bestätigen, müsste man liberale Parteien – und hier insbesondere die ökonomisch-liberalen Parteien – eher als Anwalt einer ökonomisch geprägten Ideologie denn von einer bestimmten ökonomischen Lage geprägten Wählerschaft verstehen. Die ökonomisch-liberalen Parteien sind – das entlarven die deskriptiven Statistiken bezüglich ihrer Positionierung auf der ökonomischen Links-Rechts-Skala – historisch beim selbstständigen Bürgertum verwurzelt, jedoch heute nicht mehr zwingend mit diesen Berufsgruppen mehr verbunden als ihre Konkurrenten.

Der fehlende signifikante Einfluss der Religionsvariablen auf die gesellschaftspolitische Skala sollte solange mit Vorsicht genossen werden, wie noch nicht allgemein für die Säkularisierung der Wählerschaft kontrolliert wurde. So ist es durchaus denkbar, dass viele Wähler liberaler Parteien formal einer Konfession angehören, diese aber nicht praktizieren, weitgehend säkularisiert sind und daher liberale Parteien bevorzugen. Diese Frage wird sich erst in einer (schon in Angriff genommenen, aber noch nicht abgeschlossenen) Modifikation der Modelle durch die Hinzufügung der Variable „Kirchgangshäufigkeit“ klären lassen. Zum

jetzigen Zeitpunkt erscheint es so, dass im Zweifelsfall bestehende konfessionelle Konflikte die Positionierung liberaler Parteien besser erklärt als die ökonomische Klasse.

Am stärksten ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und einer programmatischen Nähe zu den linken Parteien. Es ist durchaus vorstellbar, dass sich ein Teil des Säkularisierungeffektes schon in dieser Variablen verbirgt.

Schließlich, und das sei nicht unerwähnt, erscheint die deutsche FDP im internationalen Vergleich als Sonderfall innerhalb der liberalen Parteifamilie. Außer in Spanien gibt es in keinem anderen westeuropäischen Parteiensystem die Konstellation einer ökonomisch-liberalen Partei, die alleine die liberale Parteifamilie repräsentiert. Ansonsten konkurriert jede ökonomisch-liberale Partei im jeweiligen Parteiensystem mit einer liberalen Partei der anderen Subtypen. Die deutsche FDP und die katalanische CiU weisen eine ähnlich hohe Spreizung zwischen den Links-Rechts-Werten auf der ökonomischen und der gesellschaftspolitischen Skala auf. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden ist jedoch, dass die CiU diese Spannung über den asymmetrischen Föderalismus in Spanien bewältigen kann. Die FDP hat diese Ressource nicht. Von ihrer Wählerstruktur her schwankt sie historisch zwischen dem radikal- und ökonomisch-liberalen Typus, wobei sie heutzutage klar dem letzteren zuzuordnen ist. Der internationale Vergleich legt nahe, dass dies mittelfristig zur Etablierung einer weiteren, nicht-ökonomisch-liberalen Partei führt, oder dass diese Rolle von anderen Parteifamilien in Deutschland ausgefüllt wird.

6. Fazit

Am Ausgangspunkt dieses Beitrags stand die Frage, welche systematischen Faktoren erklären können, wie sich liberale Parteien zwischen dem rechten und linken Lager programmatisch verorten. Als geborene „Regierungsparteienfamilie“ haftet den liberalen Parteien häufig der Ruf an, dass sie ihre Programmatik der Möglichkeit zur Regierungsteilhabe allzu leichtfertig opfert. Es konnte hingegen gezeigt werden, dass sich aus der international vergleichenden Perspektive allerdings kein solcher Opportunismus für die liberale Parteienfamilie in besonderem Maße feststellen lässt. Vielmehr folgen die ideologischen Positionierungen ganz klaren Muster, die sich zum Teil aus der Wettbewerbssituation, zum Teil aus der historischen Genese, zum Teil aus der für sie erreichbaren Wählerschaft erklären. Das Image der opportunistischen Parteifamilie scheint durch den bislang unzureichenden Forschungsstand und unklare Zuordnungen einzelner liberaler Parteien zu bestimmten liberalen Strömungen begünstigt worden zu sein. Die im Beitrag vorgeschlagene Verortung liberaler Parteien anhand der grundlegenden, historischen Konfliktkonstellation in einem Parteiensystem sowie

die Erweiterung der ideologisch-programmatischen Analysen über das eindimensionale Links-Rechts-Schema können unser Wissen über liberale Parteien vertiefen.

Die wesentlichen Befunde lassen sich – vorbehaltlich der noch ausstehenden Ergänzungen der multivariaten Modelle – wie folgt zusammenfassen:

(1) Es lassen sich anhand des Arbeit-Kapital-Konfliktes, des Kirche-Staat-Konflikte, der Entstehung der Nationalstaaten im 19. Jh. sowie dem Wertewandel in der zweiten Hälfte des 20. Jh. idealtypisch vier Subtypen an liberalen Parteien klare voneinander unterscheiden: (1) Radikal-Liberale, (2) Sozial-Liberale, (3) Ökonomisch-Liberale, (4) National-Liberale. Der Zentrum-Peripherie-Konflikt sowie der sektorale Konflikt zwischen Landwirtschaft und Industrie sind lediglich für die Unterschiede zwischen den liberalen Parteien im Ländervergleich von Bedeutung. Sie liefern jedoch nicht die ideologische Basis für liberale Parteien und sind somit für die Genese von sekundärer Bedeutung.

(2) Die radikal-liberalen Parteien stellen in ihren jeweiligen Parteiensystemen am ehesten einen von den rechten und linken Parteien programmatisch unabhängigen Pol dar. Die häufig anzutreffende Kennzeichnung als links-liberal ist insofern irreführend, als dass gerade radikal-liberale Parteien sich eben nicht dem linken (oder rechten) Lager zuordnen lassen.

(3) Die kontinentaleuropäischen liberalen Parteien zeichnen sich durchgängig dadurch aus, dass sie in gesellschaftspolitischen Fragen sich deutlich weiter links verorten als in ökonomischen Fragen. Dies gilt unabhängig davon, wie weit rechts (oder links) die Partei insgesamt sich verortet. Dieses Muster gilt in Skandinavien hingegen nicht.

(4) Ein hoher (niedriger) Anteil an Wähler mit postmaterieller Wertehaltung erklärt am besten das Ausmaß, inwieweit liberale Parteien programmatisch eher Überschneidungen mit ihren linken (rechten) Konkurrenten haben.

(5) Je stärker liberale Parteien in ihrer Wählerschaft konfessionelle Konflikte abbilden, desto größer ist die Nähe zum politisch linken Lager. Dieser Befund gilt aber lediglich für die ökonomische Dimension und nicht für die gesellschaftspolitische Dimension. Dieser - zuvor nicht erwartete – Befund könnte darauf zurückzuführen sein, dass der konfessionelle Konflikt in all diesen Fällen den ökonomischen Konflikten in der Art überlagert, dass die liberale Partei keine „neo-liberale“ Wirtschaftspolitik verfolgt. Als Beispiel kann hier die deutsche FDP dienen, deren ökonomisch „rechte“ Orientierung erst dann zur vollen Entfaltung gekommen ist, seitdem in ihrer Wählerschaft Katholiken und Protestanten ausgeglichen repräsentiert sind.

(6) Es konnte entgegen der ursprünglichen Vermutung bislang kein systematischer Zusammenhang zwischen der Überrepräsentation von Selbstständigen und der ideologisch-programmatischen Verortung liberaler Parteien festgestellt werden.
(7) Es konnte auch kein Ausrichten der Ideologie am stimmenstärksten Lager festgestellt werden. Allerdings zeigen bivariate Korrelationen für die radikal-liberalen Parteien einen signifikanten Zusammenhang der inhaltlichen Übereinstimmung mit dem Lager, das Stimmenzuwächse zu verzeichnen hat. Die strategischen Optionen von radikal-liberalen Parteien äußern sich somit nicht in Links-Rechts-Positionen, sondern in der Hervorhebung einzelner Themen.
(8) Versteht sich eine liberale Partei auf Grund ihrer Historie als Staatspartei, so verortet sie sich grundsätzlich etwas näher am rechten Lager. Allerdings ist der Effekt auf den beiden analysierten inhaltlichen Dimensionen gegenläufig. Unter Kontrolle mit allen anderen Variablen gibt es auf der ökonomischen Dimension eine größere Nähe zu den Rechten, auf der gesellschaftspolitischen eine zu den Linken. Ein Grund könnte sein, dass das Verständnis als Staatspartei auf Grund der von Liberalen erkämpften Demokratie beruht und hier häufig linke Parteien als Bündnispartner dienten.

In diesem Beitrag wurde die ideologisch-programmatische Nähe zu den linken und rechten Konkurrenten untersucht. Weitergehende Untersuchungen zum tatsächlichen Koalitionsverhalten müssten gesondert untersucht werden. Interessant für die kommende Forschung dürfte ebenfalls sein, ob liberale Parteien ihre Ausrichtung auf das rechte oder linke Lager im Rahmen ihrer historischen Einbettung auf Initiative der Parteielite oder auf Wandel der Wählerschaft hin betreiben. Auch steht eine tiefer gehende salienztheoretische Untersuchung noch aus, wie liberale Parteien durch die Hervorhebung einzelner Themen jenseits der Links-Rechts-Dichotomie sich strategisch zwischen linken und rechten Lager platzieren können.

Anhang 1: Die Entwicklung der ideologischen Positionen auf der allgemeinen Links-Rechts-Skala (nach Franzmann/Kaiser 2006)

Land	Partei	CMP-Code	Klassi-fizierung	1945-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-2003	MW
Sweden	FP	11420	3	6.01	5.56	3.33	3.80	5.49	4.84
Sweden	CP	11810	1	6.23	5.76	5.33	4.60	4.69	5.32
Norway	Venstre	12420	1	4.76	5.11	4.90	4.60	4.38	4.75
Denmark	Radikale Venstre	13410	2	3.26	2.37	3.25	2.78	2.37	2.81
Denmark	Venstre	13420	4	5.26	6.81	5.66	6.38	6.23	6.07
Finland	LKP	14420	3	5.17	5.14	4.89	4.83		5.01
Finland	SK (Centre)	14810	1	4.57	4.19	2.75	2.43	2.88	3.36
Finland	SMP	14820	4		4.04	4.52	4.30	3.05	3.98
Finland	SFP	14901	1	5.54	4.38	3.36	3.42	4.35	4.21
Flanders	LP-PVV-VLD	21421	4	7.30	6.76	5.84	6.02	5.23	6.27
Wallonia	PLP-PRL-FDF	21422	4	6.67	6.35	5.46	5.66	4.39	5.71
Netherlands	D66	22330	2		4.47	2.99	2.56	4.31	3.58
Netherlands	VVD	22420	3	6.21	6.81	6.85	7.08	7.21	6.83
Luxembourg	PD	23420	1	5.24	5.13	4.47	4.33	5.48	4.93
Italy	PRI	32410	1	4.19	4.57	4.86	4.45	4.39	4.49
Italy	PLI	32420	4	6.09	6.27	5.38	4.15	5.17	5.41
Spain	CDS	33512	3				6.05	5.97	6.03
Spain	CiU	33611	3				6.71	7.42	7.07
Germany	FDP	41420	3	5.12	5.15	5.02	4.52	4.31	4.82
Austria	FPÖ	42420	4	5.06	6.42	5.50	5.40	6.21	5.72
Austria	LF	42421	1					5.20	5.20
Switzlerland	FDP	43420	3	5.41	5.82	5.98	5.53	4.35	5.42
United Kingdom	Liberals	51420	1	5.96	5.06	4.46	4.25	4.12	4.77
Ireland	Prorgressive Democrats	53420	3					6.23	6.23
Ireland	Fianna Fail	53620	4	5.59	6.46	6.84	7.45	5.53	6.37
			MITTELWERT	5.45	5.36	4.84	4.84	4.95	5.17
			STABW	0.92	1.13	1.17	1.38	1.28	1.07

Anhang 2: Die Entwicklung der ideologischen Positionen auf der ökonomischen Links-Rechts-Skala (nach Franzmann/Kaiser 2006)

Land	Partei	CMP-Code	Klassi-fizierung	1945-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-2003	MW
Sweden	FP	11420	3	6.40	6.48	4.00	3.96	6.29	5.42
Sweden	CP	11810	1	6.76	6.91	5.41	4.41	5.69	5.84
Norway	Venstre	12420	1	3.53	4.02	3.42	2.67	2.39	3.21
Denmark	Radikale Venstre	13410	2	3.30	3.25	3.61	3.43	3.59	3.44
Denmark	Venstre	13420	4	4.50	5.81	6.09	6.70	5.86	5.79
Finland	LKP	14420	3	5.81	5.56	5.13	4.43		5.23
Finland	SK (Centre)	14810	1	3.80	3.02	1.62	1.02	0.58	2.01
Finland	SMP	14820	4		2.24	1.99	2.28	1.43	1.98
Finland	SFP	14901	1	4.56	2.80	2.63	1.94	2.32	2.85
Flanders	LP-PVV-VLD	21421	4	8.67	7.88	7.93	7.77	5.41	7.53
Wallonia	PLP-PRL-FDF	21422	4	8.89	8.01	8.33	8.10	7.08	8.08
Netherlands	D66	22330	2		5.04	3.63	3.31	5.63	4.4
Netherlands	VVD	22420	3	6.92	7.36	8.15	8.66	8.40	7.9
Luxembourg	PD	23420	1	5.55	6.25	5.41	5.19	6.18	5.72
Italy	PRI	32410	1	4.96	6.75	5.90	5.46	6.98	6.01
Italy	PLI	32420	4	6.59	8.20	6.46	5.25	6.89	6.68
Spain	CDS	33512	3				7.87	8.17	7.94
Spain	CiU	33611	3				8.98	7.88	8.43
Germany	FDP	41420	3	6.64	6.82	7.17	6.72	6.78	6.83
Austria	FPÖ	42420	4	5.13	6.22	6.25	6.62	7.23	6.29
Austria	LF	42421	1					6.17	6.17
Switzlerland	FDP	43420	3	6.36	7.81	8.14	7.62	7.25	7.44
United Kingdom	Liberals	51420	1	6.57	5.64	5.98	4.63	5.02	5.57
Ireland	Prorgressive Democrats	53420	3					6.77	6.77
Ireland	Fianna Fail	53620	4	5.64	6.65	5.80	6.47	5.85	6.08
			MITTELWERT	5.82	5.84	5.38	5.37	5.64	5.74
			STABW	1.54	1.81	2.03	2.28	2.16	1.85

Anhang 3: Die Entwicklung der ideologischen Positionen auf der gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Skala (nach Franzmann/Kaiser 2006)

Land	Partei	CMP-Code	Klassi-fizierung	1945-59	1960-69	1970-79	1980-89	1990-2003	MW
Sweden	FP	11420	3	5.66	4.82	2.19	3.61	4.53	4.16
Sweden	CP	11810	1	4.53	4.27	4.79	5.02	3.96	4.51
Norway	Venstre	12420	1	6.74	5.97	6.28	6.14	5.52	6.13
Denmark	Radikale Venstre	13410	2	3.14	1.81	2.69	2.10	1.82	2.31
Denmark	Venstre	13420	4	6.69	7.35	4.75	5.93	6.18	6.18
Finland	LKP	14420	3	4.53	4.81	4.41	4.93		4.67
Finland	SK (Centre)	14810	1	5.73	5.36	3.89	4.27	4.55	4.76
Finland	SMP	14820	4		5.29	5.68	6.45	5.27	5.67
Finland	SFP	14901	1	6.44	5.53	5.49	4.92	5.63	5.60
Flanders	LP-PVV-VLD	21421	4	5.31	5.62	3.83	4.07	5.13	4.79
Wallonia	PLP-PRL-FDF	21422	4	3.32	3.84	2.80	3.18	3.34	3.29
Netherlands	D66	22330	2		4.08	2.61	2.07	3.20	2.99
Netherlands	VVD	22420	3	5.54	6.12	5.30	5.23	5.45	5.53
Luxembourg	PD	23420	1	4.87	3.79	3.14	3.34	4.57	3.94
Italy	PRI	32410	1	3.42	2.76	3.22	2.54	2.73	2.93
Italy	PLI	32420	4	5.36	4.97	4.81	2.80	2.79	4.15
Spain	CDS	33512	3				3.20	3.02	3.16
Spain	CiU	33611	3				4.22	6.81	5.51
Germany	FDP	41420	3	3.86	3.47	3.78	3.41	2.75	3.45
Austria	FPÖ	42420	4	5.06	6.42	5.50	5.39	6.21	5.72
Austria	LF	42421	1					4.21	4.21
Switzlerland	FDP	43420	3	4.35	4.31	4.05	3.67	2.52	3.78
United Kingdom	Liberals	51420	1	5.05	4.11	3.30	4.11	3.51	4.02
Ireland	Prorgressive Democrats	53420	3					5.54	5.54
Ireland	Fianna Fail	53620	4	5.33	6.18	7.74	7.73	4.72	6.34
			MITTELWERT	5.00	4.80	4.30	4.28	4.34	4.53
			STABW	1.07	1.31	1.39	1.45	1.39	1.15

Literaturverzeichnis

Bartolini, Stefano (2000). The Political Mobilization of the European Left 1860-1980: The Class Cleavage. Cambridge.

von Beyme, Klaus (1984). Parteien in westlichen Demokratien. München.

Bobbio, Norberto (1994). Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin.

Budge, Ian (2001). Theory and Measurement of Party Policy Positions, in: *Ian Budge* et al. (eds) Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945 – 1998, 75-92. Oxford: Oxford University Press.

Budge, Ian/Farlie, Dennis (1983): Explaining and Predicting Elections. Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies. Essex.

Dinas, Elias/Geminis, Kostas (2009): Measuring Parties' Ideological Positions with Manifesto Data: A Critical Evaluation of the Competing Methods, KEPRU Working Paper 26.

Eisfeld, Gerhard (1969): Die Entstehung liberaler Parteien in Deutschland 1858-1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten. Dissertation. Bonn.

Flanagan, Scott/Lee Aie-Ree (2003). The New Politics, Culture Wars, and The Authoritarian-Libertarian Value Change in Advanced Industrial Democracies. In: Comparative Political Studies (36), 235-270.

Fleck, Hans-Georg (2006): In Search of a Liberal Identity: Transition to Democracy, Liberal Heritage, and Liberal Parties in Eastern Europe, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung (18), 203-238.

Franzmann, Simon (2006). Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells, in: Politische Vierteljahresschrift 47 (4), 571-594.

Franzmann, Simon (2008). Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 37 (2008), Heft 1, 79-98.

*Franzmann, Simo*n (2009). Die Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von Wahlprogrammdaten. Dissertation. Köln.

Franzmann, Simon/André Kaiser (2006). Locating Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics, 12 (2), 163-188.

Frey, Timotheus (2009). Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg. Zürich: Nomos.

Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (1990). The Left-Right Schema, in: *M. Kent Jennings* et al. (eds) Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, 203-34. Berlin and New York: Walter de Gruyter.

Gallagher, Michael/Laver, Michael /Mair, Peter (2005). Representative Government in Modern Europe. London.

Kitschelt, Herbert/Hellemans, Staf (1990) The Left-Right Semantics and the New Politics Cleavage. Comparative Political Studies 23 (2), 210-238.

Humboldt, Wilhelm von (1792). Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. Berlin.

Ignazi, Piero (2003). Extreme Right Parties in Western Europe. Oxford: OUP.

Inglehart, Ronald (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, American Political Science Review 65, 991-1017.

Inglehart, Ronald (1984). The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: Dalton, Russel J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul Allen (Hrsg.): Eletoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?, Princeton, 25-69.

Kirchner, Emil J. (1988). Liberal Parties in Western Europe. Cambridge, New York, New Rochelle, Melbourne, Sydney.

Kitschelt, Herbert (1994). The Transformation of European Social Democracy. Cambridge.

Klingemann, Hans-Dieter et al. (2006). Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003. Oxford: Oxford University Press.

Kriesi, Hanspeter et al (2008). West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge.

Lane, Jan-Erik/Ersson, Svantje O. (1987). Politics and Society in Western Europe. London.

Laponce, Jean (1981). Left and Right : The Topography of Political Perceptions. Toronto : University of Toronto Press.

Laver, Michael/Benoit, Kenneth/Garry, John (2003). Estimating the policy positions of political actors using words as data. *American Political Science Review* 97 (2): 311-331.

Laver, Michael/Budge, Ian (1992). Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation, in Laver, Michael/Budge, Ian (eds.) Party Policy and Government Coalitions, St. Martins Press: 15-40.

*Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.) (*1967). Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York.

Luther, Kurt Richard (1988): The Freiheitliche Partei Österreichs: protest party or governing party?, in: Kirchner (1988), 213-251.

Mair, Peter (2007). Left-Right Orientations, in Dalton, Russel J./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.) The Oxford Handbook of Political Behaviour. Oxford, 206-222.

Marks, Gary/Steenbergen, Marco (2002). Understanding Political Contestation in the European Union, *Comparative Political Studies* 35 (8): 879-892.

Müller-Armack, Alfred (1941). Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Stuttgart.

Rokkan, Stein (2000). Staat, Nation, und Demokratie in Europa. Die Theorien Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, übersetzt von Elisabeth Fix. Frankfurt.

Sartori, Giovanni (1976). Parties and party systems. A framework for analysis. Volume 1. Cambridge: Cambridge University Press.

Schmitt, Carl (1932). Der Begriff des politischen. Berlin.

Seiler, Daniel-Louis (1980). Partis et familles politiques. Paris.

Simmel, Georg (1908). Soziologie: Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot.

Smith, Gordon (1988). Between left and right: the ambivalence of European liberalism, in: Kirchner (1988), 16-28.

Humphreys, Peter/Steed, Michael (1988). Identifying liberal parties, in Kirchner (1988), 396-435.

Winkler, Heinrich August (2002). Der lange Weg nach Westen. Band 1. München.